



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 283. Insertionsgebühre für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engelshof 15 II.

Nr. 12.

Berlin, den 21. März 1902.

29. Jahrg.

### Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Mhlen** (Westf. Stanz- und Emaillewerk A.-G. vorm. J. S. Kerkmann), **Berlin** (Mantl, Bergmannstr. 110), **Berlin-Schöneberg** (Hertwig), **Sangelar** (Bonner Verblendstein- und Tonwarenfabrik, Mannheim-Räferthal (Rhein. Porzellanfabrik M. Sterner), **Kolmar** (Porzellanfabrik), **Mitterteich** (Firma J. Kother), **Stadtlengsfeld** (Firma Schweizer), **Lilowitz** (gräflich Frankenberg'sche Fabrik), **Weden-dorf i. Westfalen** (Firma Gressel u. Co.).

Der Vorstand.

### Ein ernstes Wort zum Vorschlage Zimenau.

Die Idee, welche in dem Artikel „Zur Generalversammlung“ in Nr. 10 zum Ausdruck gebracht wird, ist nicht neueren Datums, denn im vorigen Jahre trat Genosse Mehling in Neuhaubensleben in der „Ameise“ und in Versammlungen mit derselben auf. So ernst und gut dieser Vorschlag auch gemeint sein mag, ist doch dringende Notwendigkeit vorhanden, denselben erst genauer in seinen Konsequenzen zu erwägen. Nach dem betreffenden Artikel hätten die Agitationsbezirke nicht den richtigen Nutzen gezeitigt und sollen nun an deren Stelle über ganz Deutschland vier Gaue mit je einem besoldeten Gauleiter eingerichtet werden. Allerdings werden ja schon alle diejenigen Genossen, welche anderer Meinung sind als die Zahlstelle Zimenau, als engherzige Rassenmenschen bezeichnet; dies wird mich aber nicht abhalten, eine entgegengesetzte Meinung hierüber zu vertreten. Es ist doch gewiß falsch geurteilt, wenn man mit dem Rückschlage, welcher in der Mitgliederzahl unserer Organisation im letzten Jahre zu konstatieren ist, einfach die Nutzlosigkeit der Agitationsbezirke beweisen will.

Hat denn die Zahlstelle Zimenau ganz übersehen, daß gerade im Jahre 1900, dem Jahre des ersten Auftretens der Agitationskommissionen, die Mitgliederzahl trotz der Streiks um ca. 1200 zugenommen, und die „Ameise“ eine Zeit eine Auflage von 10 000 Exemplaren hatte? Es muß doch auch bekannt sein, daß der 1901 eingetretene Rückgang der Mitglieder-

zahl nur allein der Krise im Verband, der verloren gegangenen Streiks und Aussperrungen sowie der sich fühlbar machenden wirtschaftlichen Krise zuzuschreiben ist. Unter den Verhältnissen des vorigen Jahres in unserer Organisation wurde auch die Institution der Gaue und Gauleiter in der Agitation keinen Erfolg gebracht haben. Weil doch die betreffenden Gauleiter eine gewisse Selbständigkeit besitzen müßten, ohne diese wäre diese Einrichtung überhaupt nicht denkbar, könnten wir noch Gefahr laufen, daß dieselben für eine der oppositionellen Richtung Partei nehmen würden und die Uneinigkeit verschärfen könnten. Wenn nun noch hinzukommt, daß der betreffende Gauleiter etwas egoistisch und streberisch besetzt sein kann, so würden wir durch eine solche Einrichtung einer Zersplitterung à la Buchdrucker nur Vorschub leisten und unsere jahrzehnte lange mühevollen Arbeit für eine zentralisierte, geeinigte Organisation der Porzellanarbeiter illusorisch machen. Im weiteren Verfolg wird angeführt, die betreffenden Genossen, welche die Aufträge der Agitationskommission auszuführen haben, seien zu viel von den Unternehmern abhängig und müßten dabei ihre Existenz aufs Spiel setzen. Hierzu ist zu bemerken, daß diejenigen Genossen, welche mit Rücksicht auf die Familie ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen können, doch auch nicht unbedingt nötig haben, in einer öffentlichen Versammlung als Referent aufzutreten, wenn die Situation so steht, daß eine Maßregelung erfolgen kann. Gerade die tüchtigsten Genossen fehlen dort der Organisation am meisten, wo sie der Fabrikant nicht haben will, und sollten dieselben gerade an solchen Orten dem Unternehmer so wenig wie möglich Ursache zu Maßregelungen geben. Denn dort, wo man nicht dulden will, daß ein Genosse öffentlich in Versammlungen für den Verband agitirt, wird auch nicht zugegeben werden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen die Versammlungen besuchen.

Das Resultat einer solchen Versammlung wird sein, daß gerade diejenigen, welche sich den Vortrag anhören sollten, nicht erschienen sind, und der Vortragende nur von alten, festen Genossen gesprochen hat. Nun frage ich, ist denn eine solche Versammlung so viel werth, daß der Vortragende sich in die Gefahr begiebt gemäßregelt zu werden? Würden

die Gauleiter nicht in solchen Orten, wo man den Verband nicht dulden will, ähnliche Resultate erzielen? Ja, die Fabrikanten würden bei einem besoldeten Agitator ihre Arbeiter mit noch weit größerer Peinlichkeit von den Versammlungen fernzuhalten suchen.

Haben doch die Agitationsreisen unserer Vorstandsmitglieder aus dem vorerwähnten Grunde wenig dazu beigetragen, neue Mitglieder zu gewinnen und war das Resultat derselben gewiß schon befriedigend zu nennen, wenn damit eine Befestigung der schon vorhandenen Mitglieder erzielt wurde. Wegen solchen minimalen Resultaten, welche auch die Gauleiter nur erringen können, sollen dem Verband diese ungeheuren Verwaltungskosten auferlegt werden? Würden wir nicht dadurch unsern Gegnern, welche bei jeder Gelegenheit auch den Porzellanarbeitern vorhalten, die Vorstandsmitglieder führen auf Kosten der Arbeiter ein schönes Leben, eine neue Waffe in die Hand geben. Die Zeit wird lehren, daß, wenn der Vorschlag Zimenau angenommen werden sollte, unser Verband von den Unternehmern als eine Versorgungsanstalt sozialdemokratischer Agitatoren bezeichnet wird. Bei der Agitation kommt doch das finanzielle Interesse ebenfalls in Betracht und so muß man auch bei der Behandlung solcher Fragen auch einmal engherziger Rassenmensch sein, denn es wird Niemand abstreiten können, daß die erwähnten gebräuchlichen Neuerungen der Fabrikanten einen hemmenden Einfluß auf die Agitation ausüben. Wir haben leider mit den Genossen zu rechnen wie sie sind und nicht wie sie sein sollen, sagt Gen. Hoffmann in seinem Artikel. Dem möchte ich hinzufügen, daß wir auch mit den Verhältnissen zu rechnen haben wie sie sind und nicht wie sein sollen. Beachten wir diese Grundsätze genau und passen wir diesen die Taktik der Agitation an, dann werden wir auch bessere Resultate haben, dann darf aber auch unter keinen Umständen der Vorschlag Zimenau angenommen werden; der Nutzen dieser Einrichtung würde weit hinter den Kosten zurückbleiben.

Die einzig beste Agitation ist da, wo man den Verband unterdrücken will, jene von Mund zu Mund. Erscheint diese Taktik in den Arbeitsräumen nicht angebracht, dann versuche man es beim Glas Bier oder beim sonstigen

gemüthlichen Zusammensein außer der Fabrik, oder man suche die unorganisirten Arbeitskollegen in der Wohnung auf.

Vor Allem muß man aber mit denselben erst freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen suchen und am richtigen Ort, und zur richtigen Zeit agitiren.

Ist auf diese Weise vorgearbeitet worden, dann kann versucht werden erst einmal einen Vortrag in der Zahlstelle halten zu lassen, um die auf diese Weise gewonnenen Mitglieder zu befestigen. Jeder einzelne Verbandsgenosse kann und muß in diesem Sinne ein Agitator sein. Aber ist es denn nöthig, zu der öffentlichen Agitation noch besoldete Bezirks- resp. Gauleiter anzustellen, indem wir vier besoldete Verbandsbeamte haben?

Wenn Imenau meint, die Gauleiter würden bessere Fühlung mit den Zahlstellen und den Arbeitsverhältnissen der Mitglieder haben, so ist dies entschieden zu bestreiten, wenigstens nach der vorgeschlagenen Eintheilung der Bezirke resp. Gause.

Gerade beim Vorstand laufen doch alle Fäden des Verbandes zusammen und Niemand kann besser über die allgemeine Situation informirt sein als dieser. Die vom Gen. Hoffmann veranschlagten Spesengelder würden lange nicht ausreichen; wenn man bedenkt, daß das Thätigkeitsfeld der Gauleiter in den einzelnen Zahlstellen liegt und fortwährend auf der Tour sein müssen. Also 4 Personen fortwährend auf Reisen, die Kosten hierfür lassen sich zur Zeit noch gar nicht überschlagen, dazu noch die Gehälter, so wäre es nicht zu umgehen, daß entweder die Beiträge erhöht oder die Rechte der Mitglieder gekürzt werden müßten.

Was nützen uns alle intensive Agitationen, wenn dadurch die Leistungsfähigkeit geschwächt wird und für höhere Beiträge würden die zu gewinnenden Mitglieder erst recht nicht zu haben sein. Wenn Gen. Hoffmann glaubt, daß dann die Spesen der Vorstandsmitglieder in Wegfall kommen werden und diese zu Gunsten der Gauleiter verrechnet, so ist auch diese Rechnung falsch. Revisions- und Agitationsreisen des Vorstandes werden nie unterbleiben können, denn die Mitglieder wollen nicht nur immer ein und denselben Referenten, den Gauleiter, hören, sondern werden auch von Zeit zu Zeit wieder einmal einen Vorstandsvertreter verlangen. Nach der Bezeichnung, daß nur engherzige Rassenmenschen gegen den Vorschlag Imenau sein können, muß ich noch anführen, daß man bei schon weitgehenden Vorschlägen unbedingt auch mit der Rasse rechnen muß, denn was nützt einem Soldaten die Waffe, wenn er keine Munition hat und was nützt uns ein gewerkschaftlicher Verband als Waffe, wenn dieser kein Vermögen, keine Munition besitzt. Wenn die Zahlstelle Imenau festgestellt hat, daß wir im Durchschnitt pro Jahr 2000 Mitglieder wieder verlieren, so wäre es angebracht, wenn diese über diesen Punkt nicht so leicht hinweggehen würde, um die Ursache dieses Uebels zu untersuchen. Gerade hier liegt der Punkt, welchem dringend Beachtung geschenkt werden muß. Das Argument, welches Gen. Hoffmann als Ursache für diesen Mitgliederwechsel im Verband anführt, kann hierbei gar nicht in Betracht kommen, weil der entgegengesetzte Fall agitatorisch wirken muß. Es kommt mindestens beinahe eben so oft vor, daß Berufsgenossen aus einem der Organisation fremden Ort über die Ziele derselben aufgeklärt, tüchtige Genossen wurden, und später in ihrer Heimath oder anderen Orten Zahlstellen gründeten. Die Erklärung für diese vorerwähnte unliebsame Erscheinung

finde ich in ganz anderen Ursachen; denn es ist unbestreitbar, daß sich in den letzten Jahren eine gewisse Unzufriedenheit unter den Mitgliedern des Verbandes herausgebildet hat, die in Generalversammlungen wie Vorstandsbeschlüssen und sonstigen Vorkommnissen wurzelt, welche sich nicht mit der allgemeinen Meinung der Mitglieder deckten. Die Unzufriedenheit folgte bei vielen Mitgliedern, welche nicht das Rebertalent besitzen, ihre Meinung in Versammlungen zum Vortrag zu bringen, Gleichgültigkeit auch in ihren finanziellen Verpflichtungen. Sollte der Antrag Imenau in der Generalversammlung wirklich mit allen Schwierigkeiten durchgedrückt werden, so könnte damit nur neuer Stoff zu Unfrieden und Unwillen geschaffen werden. Im Weiteren ließe sich der Wechsel der Mitgliederzahl auch durch eine andere Regelung der Beitragszahlung etwas abschwächen.

Es ist Thatsache, daß sich unter denen zum Quartal gestrichenen Mitgliedern eine große Zahl befindet, welche nicht gestrichen sein wollen, aber wegen zu vieler Reste gestrichen werden mußten. Hier ließe sich wohl ein Modus schaffen, wodurch verhindert werden kann, daß die Mitglieder nicht in solche große Reste gerathen können. Die betreffenden Genossen, welche früher zu den alten Restegelverbänden gehörten, werden noch wissen, daß das sogenannte Fremdengeld stets an jedem Lohnzahlungstage entrichtet werden mußte, also wöchentlich oder zweiwöchentlich, je nachdem das betreffende Personal die Löhnung hatte, einlieferte wurde. Der betreffende Kassirer hatte sich an den vortheilhaftesten Platz gestellt und die Kollegen kannten es damals nicht anders, als nach der Löhnung den Personalbeitrag zu bezahlen, wodurch eine so große Zahl von Restanten gar nicht entstehen konnte.

So gut wie unter den heutigen Verhältnissen das Austheilen der „Ameise“ in den Arbeitsräumen zum größten Theil nicht mehr stattfinden darf, ebenso gut wird das Einliefere der Verbandsbeiträge verboten werden. An dieser Stelle muß ich eines Beschlusses erwähnen, welcher fast von jeder Zahlstelle schon einmal gefaßt worden ist, sich aber auf die Dauer als undurchführbar zeigte. Dies sind die Bekanntmachungen, wonach Verbandsbeiträge nur in den Versammlungen angenommen werden. Es bestand unter einem Theil der Verbandsgenossen eine Zeit lang die Meinung, daß man dadurch, daß Beiträge nur in den Versammlungen angenommen werden, einen besseren Versammlungsbesuch erzielen wollte. Wer dies in Zahlstellen, wo diese Beschlüsse in Geltung standen, beobachtet hat, daß man damit gerade das Gegentheil von dem erzielt hatte, was man erstreben wollte, wird mir zustimmen, wenn ich behaupte, daß man einerseits den Mitgliedern die Beitragszahlung erschwerte, weil viele gerade in der Zwischenzeit in der Lage gewesen sind, die finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, während sie es nun an dem Tage der Versammlung nicht konnten. Hiernach ist es nun begreiflich, daß diejenigen Mitglieder, welche am Tage der Versammlung ihre Beiträge nicht zahlen können, derselben fernbleiben werden, wodurch sich andererseits der Versammlungsbesuch statt zu bessern, noch vermindern muß. Ja, die Restanten waren so zahlreich, daß wegen Beitragszahlen noch die letzten Tage, wenn der Abschluß fertig gestellt werden mußte, noch eine außerordentliche Versammlung abgehalten oder der Kassirer genöthigt war, doch außer der Zeit Beiträge entgegenzunehmen. Die Folgen dieses Beschlusses konnten aber damit doch nicht ganz ausgeglichen werden, weil doch noch viele Mit-

glieder übrig blieben, deren Restbeträge zu hoch geworden und gestrichen werden mußten. Weil man eben die Genossen und die Verhältnisse beurtheilen soll wie sie sind, und nicht wie sie sein sollen, so sage ich, man erleichtere den Mitgliedern das Zahlen der Beiträge und man trägt dadurch wesentlich zur Hebung des Versammlungsbesuches und zur Erhaltung der neugewonnenen Mitglieder bei. Dieses könnte erreicht werden, wenn dem System der Unterkassirer mehr Beachtung geschenkt würde. Wohl war es bisher gestattet, je nach Bedarf Unterkassirer anzustellen, jedoch belamen dieselben für ihre Mühe keine Entschädigung, hatten auch keine Haftpflicht gegenüber dem Verband und mußte der Zahlstellenkassirer für deren Ehrlichkeit die Verantwortung tragen. Das unter solchen Umständen der Zweck nicht erreicht wird, welcher durch die Unterkassirer erreicht werden soll, ist begreiflich. Dies müßte derartig umgeändert werden, daß der Unterkassirer, bis zu einem gewissen Grade, selbst die Verantwortung zu tragen, aber auch für seine Summe die Hälfte der an die Kassirer gewährten Entschädigung (also 2 pSt. der Einnahme) zu erhalten hat. In denjenigen Orten, wo es ohne Unannehmlichkeiten mit der Prinzipalität zu haben, nicht möglich ist, die „Ameise“ in der Fabrik auszutheilen und die Beiträge daselbst am Lohnstage einzuliefern, sollten die Unterkassirer, wie es bei vielen anderen Gewerkschaften üblich ist, die „Ameise“ in die Wohnungen tragen und die Beiträge zu Hause abholen. — Nun sei noch eines Punktes erwähnt, über welchen auch schon die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Correspondenzblatt geschrieben, welcher ebenfalls zu einem Rückschlag in der Mitgliederzahl einer Organisation beitragen kann.

Viele Genossen scheinen bei der Agitation den Fehler zu machen, bei den Unorganisirten, hauptsächlich aber in Bezug auf die ungelerneten Arbeiter, wie Brenner, Rapselbreher zc. die Meinung zu erwecken, daß, wenn diese heute zum Verband treten, morgen schon ihre Verhältnisse gebessert werden können. Dieser Fehler rächt sich bitter, denn diese Art Mitglieder werden dem Verband sehr bald wieder den Rücken kehren. Unter allen Umständen ist den neu zu gewinnenden Berufsgenossen klar zu machen, daß die Ziele der Gewerkschaften sich nicht in einem Tage oder einer bestimmten Zeit verwirklichen lassen und daß sich der individuelle Vortheil erst nach und nach im Allgemeinen zeigen kann.

Weiter ist zu beachten, daß das Ziel einer gewerkschaftlichen Organisation nicht in Streiks gipfeln kann, denn dieser ist nur ein Verzweiflungskampf, wobei auch diese, wenn er verloren geht, doch immer eine bedeutende Schlappe erleidet.

Nur eine straffe, alle Berufsgenossen umfassende Organisation wird einen sicheren Erfolg haben und zwar auf friedlichem Wege, denn in solchem Fall wird es kein Prinzipal zu einem Streik kommen lassen. Wenn es zu einem Streik kommt, so hat der Unternehmer die schwache Position der betreffenden Arbeiter genau erkannt und würden dieselben nur gut thun, vordem nachzugeben, als nach dem Streik sich ganz auf Gnade und Ungnade dem Ersteren zu unterwerfen.

Also, Verbandsgenossen, der Antrag Imenau ist nicht geeignet, uns das zu garantiren, was die Antragsteller davon erwarten. Unter keinen Umständen darf derselbe angenommen werden, mögen nun die Zahlstellen das „Für“ und „Wieder“ genau erwägen und ihrem Delegirten den Auftrag geben, dagegen zu stimmen.

H. S.

## Zur Generalversammlung.

Unser Verbandsorgan wird vor der Generalversammlung mit vielen Berichten bedacht, die Wünsche und Anträge zum Verbandstag enthalten. Das zeigt erfreulicher Weise einen Fortschritt, denn es kann ein Jeder an den Vorberathungen mit Theil nehmen, es erzeugt auch bei den sonst Gleichgültigen mehr Interesse; die Delegirten, sowie die Vorstandschafft des Verbandes lernt mehr und mehr die Stimmung ihrer Mitglieder kennen und wird voraussichtlich die Tagung der Generalversammlung eine viel kürzere sein. Auch werden ferner, und das ist der Kardinalpunkt, durch diese kürzere Tagung viele Auslagen im Verbandsorgan gespart. In Nr. 11 der „A.“ hat H. P. gewiß, was die Frauenagitation angeht, den Nagel auf den Kopf getroffen, doch ein Vorschlag, den Frauen bei solchen Unglücksfällen (wie „in die Wochen“ kommen) 50 Mark Unterstützung zu gewähren, scheint doch etwas zu starker Tobak zu sein und wenn auch dieselben der Hilfe bedürftig sind, so spricht aber dieser Vorschlag von allzu großer Güte, da der Verband seine Mittel doch noch zu viel anderen Zwecken benötigt. Eine Hauptforderung wäre, daß für alle Artikel gleiche Preise eingeführt würden, ob nun dieselben Arbeiter oder Arbeiterinnen verfertigten. Wünschenswerth wäre es, noch eine weitere Beitragsklasse zwischen 10 und 25 Pfg. einzuführen, in welche sich besser bezahlte Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter versichern können, ersteren wäre eine bessere Unterstützungsstufe geschaffen, während letzteren wegen ihren geringen Löhnen der Beitritt zum Verband erleichtert wäre.

Leider nehmen in unseren Kreisen die halb-invaliden Arbeiter zu, denselben ist es nicht mehr möglich, den früheren Verdienst zu erzielen und auch deshalb das Zahlen ihrer früheren Beiträge erschwert; auch diese könnte man auf Wunsch an diese Unterstützungsstufe verweisen.

Von eminenter Wichtigkeit wäre die Feststellung einer Statistik, wieviel Heimarbeiter die deutsche Porzellanindustrie zu verzeichnen hat, welche Arbeitsräume, Löhne und Beschäftigung dieselben haben. Was nützt es dem schulpflichtigen Arbeiter, wenn er nur innerhalb der Fabrik 6 Stunden arbeiten darf, wenn er danach schließlich in einer viel schlechteren, dumpfen Stube unbeschränkt noch weiter arbeiten muß, da kommt er dann sozusagen vom Regen in die Traufe. Eine nähere Aufklärung ist unnötig, hat ja uns das Flugblatt „Gewerkschaftler und Heimarbeiter“ genügend aufgeklärt. Es wäre nur zu wünschen, daß die deutschen Arbeiter energisch Protest einlegen würden, selbstverständlich unter regem Antheil der Porzellaner, da wir die Schädigung der Heimarbeiter schon lange genug am eigenen Leibe verspürt haben. Oder will man so lange warten, bis nicht mehr zu helfen ist? Was den Punkt „Schiedsgericht“ anbelangt, so glaube ich, daß es besser wäre, wenn hierfür eine Beschwerdebekommision, wie es in den anderen Gewerkschaften üblich ist, eingesetzt würde, der man am Sitze des Verbandes das eingegangene Beschwerdematerial in Gemeinschaft mit dem Vorstande einer nochmaligen Prüfung unterwerfen kann. Ich bin der Meinung, daß Reibungen und unliebsame Streitigkeiten immer zwischen dem Vorstand und Schiedsgericht stattfinden, da man schriftlich solche hochwichtige Angelegenheiten nicht mit einer solchen Gründlichkeit sichten kann, wie es bei einer gegenseitigen mündlichen Besprechung geschieht. Auch erachte ich eine Verlegung als ein zu weitgreifendes Mißtrauensvotum gegen Oberhausen, denn ich bin der

Meinung, daß die Kollegen von Oberhausen mit gerade so großem Eifer für den Verband arbeiten wollen, wie die von Dresden, wiewohl letztere meine volle Sympathie haben. Aber meine Meinung ist und bleibt, daß an dem ungeschönen Verhältniß zwischen Schiedsgericht und Vorstand nur die Voreingenommenheit und Befangenheit des Ersteren gegen den Letzteren Schuld trägt, welche durch den schriftlichen Gedankenaustausch Mißverständnis hervorgerufen hat und das kann man gerade so in einigen Jahren in Dresden erwarten. Da aber Ruhe in unserem Verband unbedingt notwendig ist, das Vertrauen zum Vorstande immer mehr befestigt werden muß, da ein gegenseitiges Vertrauen der beste Grundpfeiler unseres Verbandes ist, so sollte man doch den oben angegebenen Weg verfolgen.

W. H., Schney.

## Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Nach folgenden Orten können die Mitglieder weder Fahrkosten noch Unterstützung erhalten (keine Sperre) und können nur auf eigenes Risiko Stellung dort nehmen, weil die betreffenden Firmen Verbandsmitglieder boykottiren:

Alexandrinenthal, Althaldensleben (außer W. Gerike, C. Schulz, Bauermeister), Bonn (Mehlem), Breslau (Stiesel, Steingutfabrik), Frankfurt a. O. (Baetsch, Mattschaf), Garfisch, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert u. Menz), Höhr (Dießinger), Ramenz (D. Vogt), Königszelt, Ilmenau (Abichtu. Co.), Langewiesen, Neustadt b. Coburg, Passau, Rodach, Rheinsberg, Roschütz b. Gera, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Stanowitz, Seegerhall, Suhl, Sörnewitz, Schweidnitz (Krause), Scheibe, Thale (Eisenwerk),

Sofern Mitglieder in obigen Geschäften arbeiten und der Ansicht sind, daß die Firmeninhaber nichts mehr gegen die Verbandszugehörigkeit einzuwenden haben, so wolle man versuchen, eine schriftliche Erklärung hierüber zu erlangen, damit der betreffende Ort in obiger Liste gestrichen werden kann.

Der Vorstand.

### 110. Vorstandssitzung vom 25. 2. 1902.

Ohne Entschuldigung fehlt Schulte; an der Sitzung beteiligen sich: der Redakteur Zahn, von den Revisoren Poesenecker, als Gäste die Gen. Rey und Löchner, Berlin. Eine Anfrage, ob die Schreibhülfe im Bureau an Stelle des erkrankten Huwe noch weiter benötigt wird, ist mit dem durch das Bureau gegebenen Ausschluß erledigt. — Die schriftliche Bestätigung der Verwaltung des Gewerkschaftshauses, daß der Mietkontrakt für die Bureauräume, infolge Vereinbarung ab 1. April als aufgehoben gilt, wird zur Kenntniß genommen. — Die im Schema vorgelegte Einteilung der Wahlbezirke für die Delegirtenwahlen zur General-Versammlung, wird mit einigen unwesentlichen Abänderungen genehmigt. — In Rechtschutzsache des Mitgliedes 21235 Unterhans, wird demselben auf Grund diesbezüglicher gutachtlicher Aeußerung des Rechtsanwalts empfohlen, die bereits eingelegte Revision zurückzuziehen. — Die nachgesuchte Aufnahme in den Verband wird dem Dreher Joh. Oberkahl verweigert. — Im 1. Agitationsbezirk haben einige Zahlstellen dem Referenten für Abhaltung von Agitations-Versammlungen höhere Diäten gezahlt, als nach dem Agitations-Reglement zulässig ist; beschlossen wird, die Zahlstellen aufzufordern, den zuviel gezahlten Betrag wieder zurückzuzahlen. — Der Schriftführer, welcher gelegentlich einer Reise nach Waldenburg das Mitglied 13724 in einer Klagesache vorm Gewerbegericht vertreten hat, berichtet über den Verlauf der Sache; das Mitglied 7489, welches sich auf Aufforderung des Schriftführers weigerte als Zeuge zu fungiren, wird wegen dieses Verhaltens gerügt. In Zukunft soll allen Mitgliedern, welche sich weigern, den Anordnungen der Beauftragten des Vorstandes entsprechend, zur Steuer der Wahrheit beizutragen, nahegelegt werden, daß in solchen Fällen § 5, Absatz 3 des Statuts zur Anwendung gelangen kann. — Den noch arbeitslosen Mitgliedern in Alen wird für weitere 2 Wochen Unterstützung bewilligt; ein Antrag auf Gewährung von Mietzuschuß wird vertagt und Recherche beschlossen. Ein Antrag des Mitgliedes 22565 derselben Zahlstelle,

den Bezug der Arbeitslosen-Unterstützung in Brdy zu bewilligen, wird entsprechend den Bestimmungen des Gegenseitigkeitsvertrags abgelehnt. — Die beantragte Gewährung der Unterstützung nach § 1, Absatz 5 des U. St. für die Mitglieder 24992 und 23517 Margarethenhütte wird abgelehnt und einfache Unterstützung bewilligt. — Weiterunterstützungen für die Mitglieder 24909 Kolmar und 4370 Gottha werden bewilligt. — Unterstützung für 21069 Wilda wird nach erfolgter Recherche nach § 1 des U. St. abgelehnt. — Eine Zuschrift von Burggrub wird zur Kenntniß genommen, und soll der Zahlstelle empfohlen werden, mit positiven Vorschlägen an den Vorstand heranzutreten. — Dem Mitgliede 22588 Hermsdorf wird Unterstützung bewilligt, jedoch soll demselben empfohlen werden, den rückständigen Lohn zu fordern, event. den Rechtsweg zu beschreiten. — Beschlußfassung über Unterstützung der in Magdeburg wegen Betriebsunterbrechung entlassenen Mitglieder wird vertagt und Recherche beschlossen. — Ein Antrag des Mitgliedes 22895 Gräfenhain, Unterstützung über die statutarisch zulässige Höchstbauer zu bewilligen, muß abgelehnt werden. — Der frühere Kassirer in Rossen hat dem Mitgliede 13261 Umzugskosten in Höhe des vollen Betrages ohne Anweisung gezahlt; dieses eigenmächtige Handeln wird gerügt, und dem Mitgliede die Umzugskosten in statutarischer Höhe bewilligt; die zuviel gezahlte Summe ist vom Kassirer zurückzuzahlen. — Dem Mitgliede 470 Sorgau wird der beantragte Rechtschutz für die zweite Instanz im Prinzip bewilligt, jedoch soll erst noch ein juristisches Gutachten beigebracht werden. — Beihilfeseind: Das frühere Mitglied 5707 Straubel-Schwarzja verpflichtet sich nun, die zu Unrecht bezogene Beihilfe innerhalb 3 Monate zurückzuzahlen, und wird beschloffen, die Streckung aufzuheben, mit der Bedingung, daß für eine event. Erkrankung während der Zeit der Rückzahlung Beihilfe nicht gewährt wird. — Das mit einem Reklambuch behaftete Mitglied 30659 Freienorla wird in den Beihilfeseind unter der Bedingung aufgenommen, daß dasselbe für Erkrankungen aus dieser Veranlassung Beihilfe nicht erhält.

G. Wollmann,  
Vorstandender.

J. Schneider,  
Schriftführer.

### 111. Vorstandssitzung vom 4. 3. 1902.

An der Sitzung beteiligt sich der Redakteur Zahn; der Vorsitzende Wollmann ist verehlt. Von Metzgen wird über Verschlechterung der Lohnverhältnisse bei der Firma Ernst Reichert berichtet; ein Antrag auf Entsendung eines Vorstandsvorgerecktes wird abgelehnt und sollen den dortigen Mitgliedern die einschlägigen Verhaltensmaßregeln gegeben werden. — Ein Bericht von Kolmar ist mit Kenntnißnahme erledigt. Einem Antrage der Verwaltung, an den Inhaber der Porzellanfabrik ein Schreiben zwecks Anbahnung von Unterhandlungsversuchen zu richten, wird stattgegeben und dem Bureau zur Ausführung überwiesen. — Ein weiterer Antrag, die Sperre über Gersweiler aufzuheben, wird vertagt und beschloffen, zunächst schriftliche Informationen zu beschaffen. — Den noch arbeitslosen Mitgliedern in Stadtlengsfeld wird weitere Unterstützung bis einschließlich 22. März bewilligt. — Eine Zuschrift von Regensburg, worin um Verhaltensmaßregeln, insbesondere für unsere weiblichen Mitglieder dortselbst ersucht wird, soll entsprechend beantwortet werden. — Den infolge baulicher Veränderungen der Fabrikräume entlassenen Mitgliedern in Magdeburg wird Unterstützung bewilligt, sofern dieselben die schriftliche Erklärung abgeben, daß das Arbeitsverhältniß als endgültig gelöst betrachtet wird und keiner der Entlassenen ohne besondere Genehmigung des Vorstandes dortselbst wieder in Arbeit tritt. — Von Neuhaldensleben wird mitgetheilt, daß die Firma Schulze, Silberolifabrik, infolge erheblicher Veruntreuungen des Geschäftsführers in Konkurs gerathen ist. — Von Burggrub und Rossendorf werden den Bewilligungen von Delegationskosten aus Verbandsmitteln zu einer am 30. März in Nürnberg stattfindenden Konferenz sämtlicher Zahlstellen Bayerns beantragt, dies wird abgelehnt; dem Vorstand ist weder Mittheilung von dem Stattfinden dieser Konferenz, noch der Zweck und die Nothwendigkeit einer solchen nachgewiesen worden. — Eine Zuschrift des Gewerkschaftskartells Mannheim wird zur Kenntniß genommen und soll entsprechend beantwortet werden. — Dem Mitgliede 13297 Frankfurt a. M., welches bereits zweimal innerhalb eines Jahres Fahrkosten erhalten hat, werden weitere abgelehnt. — Dem Mitgliede 8681 Rudolstadt werden auf Antrag der Verwaltung für zwei Wochen Unterstützung bewilligt. — Einem Antrage der Zahlstelle Annaburg, zu einer am 15. März stattfindenden Versammlung einen Referenten aus dem Bureau zu entsenden, wird stattgegeben und der Schriftführer hierzu bestimmt. — Einem Antrage der Zahlstelle Langewiesen, die Bibliothek der Zahlstelle der neugegründeten Bibliothek des Gewerkschaftskartells einverleiben zu dürfen, wird stattgegeben unter der Voraussetzung, daß das Eigentumsrecht der Zahlstelle gewahrt bleibt. — Die Mitglieder 24104 Seib und 5419 Margarethenhütte haben sich wegen Unterstützungsverweigerung beschwerdeführend an das Schiedsgericht gewandt und ersucht das letztere um näheren Ausschluß;

beschlossen wird, dem Schiedsgericht den Sachverhalt mitzutheilen.  
G. Wollmann,  
Vorstandender.

J. Schneider,  
Schriftführer.

### 112. Vorstandssitzung vom 11. 3. 1902.

An der Sitzung theilhaftig sich der Redakteur Zahn. Nach Bericht von Eisenberg sind die Buntmaler der Firma Schwabe (Kaiser Porzellanfabrik) entlassen worden, weil dieselben sich in Gemeinschaft bemühten, eine erhebliche Lohnreduktion abzuwehren; denselben wird Unterstützung nach § 1, Absatz 5 des U.-R. bewilligt. Ueber die Malerei der Firma Schwabe wird die Sperre verhängt. — Von Marktleuthen ist ein längerer Bericht über die Verhältnisse der dortigen Porzellanfabrik eingegangen; beschlossen wird, zunächst ein Differenzformular einreichen zu lassen und weitere Beschlussfassung zu vertagen. — Zuschriften von Kolmar, Weissen und Mitterteich sind mit Kenntnisnahme erledigt. — Von Elsterwerda wird Herabsetzung der Straffarenzzeit für das Mitglied 28 369 beantragt; dies wird abgelehnt in Rücksicht darauf, daß dessen Straffarenzzeit erst begonnen hat; ein Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes 10 130 wird vertagt und Recherche beschlossen. — Der Zahlstelle Dertoyau kann der im Anschluß an einen längeren Bericht gewünschte Ausschluß nicht gegeben werden, bevor nicht ein Differenzformular eingereicht wird. — Die Sperrliste über Albersweiler wird aufgehoben. — Eine Beschwerde des früheren Mitgliedes 20 737 Bommer, Marktrechwitz, gegen dessen durch die Zahlstellen-Versammlung erfolgten Ausschluß aus dem Verband, wird als unbegründet zurückgewiesen. — Auf Antrag der Agitationskommission des 13. Agitations-Bezirks wird der Redakteur als Referent für einige Versammlungen bestimmt. — Die beantragte Unterstützung nach § 1, Absatz 5 des U.-R. für das Mitglied 14 822 Sorgau wird abgelehnt und einfache Unterstützung bewilligt. — Nach Mittheilung von Ahlen haben die Verhandlungen in den seitens einiger Mitglieder angelegten Weisungsklagen gegen den Direktor Kerkmann, sowie gegen den Obermaler Küters vor der ersten Instanz stattgefunden und ist, um die Frist nicht zu veräumen, inzwischen Berufung eingelegt worden. Beschieden wird, dieselbe aufrecht zu erhalten, sofern die eingelegten juristischen Gutachten dies angebracht erscheinen lassen. — Die von Ahlen beantragten Mitgliedszuschüsse werden abgelehnt, nachdem die betreffenden Mitglieder sich bereits anderweitig in Arbeit befinden. — Dem Mitgliede 27 122 Schmiedefeld wird Unterstützung nach Ablauf der 14-tägigen Kündigungsfrist bewilligt. — In Unterstützungssache 13 009 Soburg wird Beschlussfassung vertagt und soll erst recherchiert werden. Der Vorsitzende giebt die von den einzelnen Vorstandsmitgliedern eingegangenen Anträge zur General-Versammlung zur Kenntnis; in einer der nächsten Sitzungen sollen dieselben zur Berathung gestellt werden.  
G. Wollmann,  
Vorstandender.

J. Schneider,  
Schriftführer.

### Aus unserm Berufe.

— **Eberfeld.** Maler, welche in Eberfeld in Arbeit treten wollen, sollen es nicht unterlassen, vorher bei der Zahlstellenverwaltung über die hier bestehenden Verhältnisse Auskunft zu verlangen. (Siehe den heutigen Zahlstellen-Versammlungsbericht.)

— Die Thonwaarenfabriken in Rathenow (Firma Matter u. Sohn und Firma Heidepriem) haben nach Bericht unserer dortigen Zahlstellenverwaltung sehr unter der bestehenden Geschäftsflaute zu leiden. Die Arbeiter natürlich zu allernächst. Bei ersterer Firma wurde einige Zeit beschränkt gearbeitet, als dann die gewöhnliche Arbeitszeit wieder angeordnet wurde, sollten die Arbeiter einen Lohnabzug von 5 pCt. hinnehmen. Auch in Rathenow sind die Kosten für den Lebensunterhalt stets gestiegen und es thaten unsere Mitglieder nur die Pflicht, wenn sie durch eine Kommission bei Herrn Matter gegen den Abzug protestirten. Bei der Aussprache meinte Herr M., daß er zu dem Abzug durch die Schleuderkonkurrenz gezwungen sei, die schlechten Fabriken besonders würden so billige Fabrikate liefern. Es würden dort die unorganisirten Arbeiter um jeden Preis arbeiten und es sei zu wünschen, daß die Arbeiterorganisation mit dazu beitrage, die Schleuderkonkurrenz zu beseitigen. Den Formern und Stehern habe er nur 5 pCt., dagegen den übrigen Arbeitern 15 pCt. abgezogen. Er sprach, die Arbeit besser zu vertheilen und

Ende April solle der fünfprozentige Abzug wieder zurückgenommen werden, sofern Bestellungen einliefen. Er sprach seine Befriedigung über den von den organisirten Arbeitern gewählten Weg der Verständigung aus, die Kommission solle ihn eventuell Ende April an seine Zusage, den Abzug zurückzunehmen, erinnern.

Da Bestellungen nicht vorlagen, wurde eine Lagerarbeit herausgesucht, um seinen alten Stamm Arbeiter beschäftigen und behalten zu können, wofür ein Stücklohn von 3 1/2 Pf. ausgesetzt wurde. Da aber bei diesem Lohn die Arbeit nach Ansicht der Arbeiter nicht auszuführen war, wurde elf davon die Kündigung in Aussicht gestellt und am 9. März wurden acht Personen thatsächlich gekündigt. Um unter diesem Drucke vielleicht für noch weniger Bezahlung billige Waare zu bekommen, wurde den gekündigten in Aussicht gestellt, die Kündigungen zurückzunehmen, wenn der betreffende Artikel für 3 Pf. gemacht würde.

Ob nun die Arbeiter in den sauren Apfel beißen resp. gebissen haben, darüber liegt ein Bericht noch nicht vor.

Es lehnt sich diese Methode obiger Firma, unter der Krise auf Kosten der Knochen der Arbeiter noch Extrageschäfte zu machen, an berühmte Vorbilder an.

— **Aus Althaldensleben.** In der deutschen Steingutfabrik (vorm. Gebr. Hubbe) ist am 8. März ein zehnprozentiger Lohnabzug bei sämtlichen Akkordarbeitern in Kraft getreten. Die Tagelöhner beginnen eine Stunde später die Arbeit, natürlich wird der Lohn für diese Stunde in Abzug gebracht.

Ueber die Schulze'sche Thonwaarenfabrik dortselbst ist der Konkurs eröffnet worden. Es scheint nach den gemachten Mittheilungen, als wenn dieser Krach die Folge von erheblichen Unterschlagungen und Urkundenfälschungen des Werkführers Bär ist, der verhaftet wurde. Die Fabrik soll im April zum Verkauf kommen. Der Herr Werkführer war auch einer jener „Oberen“, die aus dem Fell der Arbeiter Riemen zu schneiden wußten. Die Akkordlöhne der Dreher und Maler hat er nicht tief genug herabdrücken können, im Lohnbuche aber hat er diese höher angeschrieben. Hoffentlich bekommt er diese ganz besonders gemeine Handlungsweise nunmehr vom Richter entsprechend hoch angegeschrieben.

— Eine Versammlung der Zahlstelle Sorgau hat, mit Rücksicht auf Lohnrückereien und sonstigen mißlichen Arbeitsverhältnissen in der Porzellanfabrik von Franz Brause, beschlossen, gegenüber den Gesuchen dieser Firma nach Arbeitern öffentlich darauf aufmerksam zu machen, daß es im eigenen Interesse der Verbandsmitglieder liegt, wenn sie vor Eingehen von Engagements nach hier sich zunächst bei der hiesigen Zahlstellenverwaltung nach den Arbeitsverhältnissen bei genannter Firma erkundigen.

— **Weingarten** theilt mit, daß die dortigen Porzellanarbeiter sich ihr Licht selbst stellen müssen. Daß so etwas auch noch im „Musterlande“ Baden vorkommt, ist mal verwunderlich.

— **Wilda-Rosen.** Hier in der Posener Steingutfabrik herrschen augenblicklich sehr traurige Verhältnisse und wir sind verpflichtet, unsere Genossen darauf aufmerksam zu machen und sie zu warnen, falls einige hier in Arbeit treten wollten, daß sie sich erst bei unserer Zahlstelle erkundigen. Es handelt sich hier in der Hauptsache um den technischen Leiter Herrn Sterner. Er wird ja etnigen Genossen von Kolmar aus bekannt sein. Ueber sein Benehmen den Drehern gegenüber wollen wir noch gar keine Worte verlieren. Vor allen Dingen muß doch ein Dreher, wenn er gute

Waare liefern soll, auch eine gute Masse haben. Es scheint aber Herrn Sterner nicht zu gelingen, welche herzustellen, denn was wir hier verarbeiten müssen, hat mit Masse kaum Ähnlichkeit. Die Tellermacher geben sich die größte Mühe, brauchbare Teller herzustellen, haben aber schon in der Dreherlei 50 pCt. Bruch, welche natürlich nicht vergütet werden sollen. Mit dem Bruch, welcher aus dem Ofen kommt, wird der Hof gepflastert, Kiesgruben ausgefüllt u. s. w. Dem Oberdreher wird von Herrn Sterner die Hölle heiß gemacht, den Drehern aufs Fell zu rücken, daß sie mehr Teller machen. Solche Dreher, welche sich unter diesen Umständen weigern Teller zu machen, fliegen raus. Es kommt nun noch hinzu, daß die Dreher halbe und ganze Tage auf Masse, Schlicker und Bretter warten müssen, wenn die Woche um ist, ist nichts verdient. Wir haben nun in einem viertel Jahr schon den zweiten Oberdreher. Der jetzige ist auch wieder gekündigt, weil er, wie Direktor Sterner sagte, nicht mit einem Donnerwetter zwischen die Dreher fahren kann. Es hat sich nun ein anderer Oberdreher gefunden, welcher es ihm nicht verhehlen konnte, daß in Elsterwerda angeblich billiger gearbeitet wird. Herr Sterner hat das den Drehern schon vorgehalten.

Hoffentlich begreift er aber, daß die hiesigen Verhältnisse, die mangelhafte Einrichtung, das Warten auf Masse und Bretter, und vor allem die schlechte Beschaffenheit der Masse uns nicht gestattet, die Löhne verkürzen zu lassen. Herr Sterner hat uns immer vertröstet auf einen neuen Tonschneider, jetzt ist er da, aber die Masse bleibt dieselbe. Um so billiger wie möglich zu Geschirr zu kommen, läßt er automatische Maschinen aufstellen, welche von Mädchen bedient werden sollen. Lange wird es ja nicht dauern, dann liegen die Maschinen im alten Eisen, wie in anderen Fabriken. Wer unter diesen Umständen noch Lust hat nach hier zu kommen, dem ist nicht zu helfen.

— **Elsterwerda.** Nachdem schon von verschiedenen Seiten Vorschläge, sowie Anträge zur Generalversammlung vorgebracht worden sind, hält es auch die Zahlstelle Elsterwerda für angebracht, in der „A.“ einige, ihrer Meinung nach, dem Verbands nicht zum Nutzen gereichende Einrichtungen zur Sprache zu bringen.

Und zwar zuerst die halbe oder kleine Sperre, dieselbe ist wohl ein Ding, das unsere Organisation, sowie verschiedene Genossen schwer schädigt und zwar schädigt sie dadurch den Verband, daß an einem Ort, der mit einer solchen Maßnahme bedacht worden ist, die Agitation gänzlich lahm gelegt wird, so daß ein Genosse, der durch die Verhältnisse gezwungen ist, an einem derartigen Plage Arbeit zu nehmen, gar nicht wagen kann, mit seinen Berufskollegen oder Arbeitsgenossen sich über Verbands-, Agitations- oder andere für sie nothwendige Fragen oder Angelegenheiten zu unterhalten, auch wenn die Geschäftskonjunktur eine noch so günstige sein würde, da der Betreffende jeder Unterstützung entbloßt ist. Sehr oft sind es sehr tüchtige Genossen, die gerade ihrer Tüchtigkeit halber sehr viel arbeitslos sind und dann einen solchen Arbeitsplatz aussuchen müssen. Wieviel gutes und nützliches könnten derartige Mitglieder wohl schaffen, wenn ihnen ihre Rechte nicht genommen wären; außerdem gehen uns auch noch ein großer Theil Mitglieder verloren. Wir sind der Meinung, daß uns die kleine Sperre auch nichts mehr nütze, wenn wir mit der ganzen Sperre nichts erreichen konnten, im Gegentheil, wir glauben, daß immer wieder versucht werden muß, das verlorene Terrain zu gewinnen, nicht aber derartige große Arbeitsfelder uns hermetisch abzuschließen. Die Genossen, die auf einem

solchen vorgeschobenen Posten stehen, muß jede mögliche Unterstützung gewährt werden.

Würde so gearbeitet, dann wäre es wohl möglich unsere Organisation zu heben und zu fördern. Wenn wir aber so weiter fortfahren wie jetzt und die Genossen, die in einer mit der kleinen Sperre verhängten Fabrik arbeiten, rechtlos machen, werden wir keine Fortschritte, sondern Rückschritte zu verzeichnen haben.

Es ist geradezu ein Un Ding, in einem Verbands zweierlei Mitglieder zu haben, einen Theil mit Rechte und den anderen Theil ohne Rechte und nur mit Pflichten. Die letzteren Mitglieder schiebt man nachher (wie jetzt die Breslauer Verwaltung), wenn sie gemahregelt worden sind, mit Bettelbriefen an die Zahlstellen, damit die Genossen, die versuchten, unter erschwerten Umständen für die Sache thätig zu sein, halbwegs ihr Leben fristen können. Darum hinweg mit dieser Halbheit und Bahn frei, damit etwas ersprießliches geschaffen werden kann! Entweder ganze Sperre oder gar keine.

Als zweiten Uebelstand führen wir die Verpflichtung der arbeitslosen Genossen, Nachweise über Arbeitsbemühungen zu erbringen an. Eine gewerkschaftliche Organisation ist doch in ihrem eigenen Interesse verpflichtet, Alles zu thun, um den gesammten Arbeitsnachweis ihres Berufes in ihre Hände zu bekommen, nicht aber die Macht des Unternehmers mit derartigen Einrichtungen noch zu stärken und sich selbst zu schwächen. Daß man einen Arbeitslosen dazu zwingt, so und so viel Beweise über Arbeitsbemühung zu erbringen, ist total falsch, ob auf dem Arbeitsmarkt Arbeitskräfte gebraucht werden oder nicht, sie müssen eben nachfragen. Wie schädlich das ist, wird wohl mancher Genosse schon erfahren haben, der vielleicht dachte, sein bisher gehabtes Recht sich nicht nehmen zu lassen. Ja, es wird ihm stets gesagt, wir haben Briefe und Anfragen genug, wenn's Ihnen nicht paßt, so können sie gehen, und es ist wahr, sie haben genug Angebote, wenn's darauf ankommt: der Eine kommt, der Andere geht. Und unter was für schlechteren Bedingungen muß nicht oft der neue Kollege arbeiten. Warum sollte auch bei einem solchen, dem Unternehmer günstigen System, einem unternehmungslustigen Herrn der Kamm nicht schwellen und ihn versuchen lassen, eine Probe seiner Kraft abzulegen. Darum sind wir der Meinung, die Wege, soweit Arbeitsbemühung in Betracht kommt, den Zahlstellen zu überlassen und der Hauptvorstand hat alles zu thun, um den Arbeitsnachweis zu zentralisieren und in seine Hände zu bekommen, dadurch kommt es dann, daß die Genossen das bis jetzt drückende Ueberarbeitangebot beseitigen. Die Zahlstelle wird dahingehende Anträge zur General-Versammlung stellen und fordert die Genossen auf, sich zu diesem von uns angeführten Uebelstande zu äußern, um eine für die Anträge günstige Meinung herbeizuführen.

### Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Arbeiterorganisation — Vereinsgesetz. Was die Polizei mit Hilfe des Legteren alles fertig bringt, lehrt folgender Fall: Der Verband der Fabrikarbeiter etc., der in Hannover seinen Sitz hat, soll der dortigen Polizei ein Verzeichnis aller seiner Verbandsmitglieder, sowie alle in dem Bestand derselben eintretenden Veränderungen einreichen. Auch diverse Ortspolizeibehörden verlangten solche Verzeichnisse von einzelnen Zahlstellen. Welch werden dagegen beim Regierungs- und Oberpräsidenten wurden zurückgewiesen.

Der Verband zählt an 335 Orten zirka 36 000 Mitglieder. Das bischen Arbeit, was

dazu gehört, der Anforderung der Polizei nachzukommen, kann man sich denken. Der Verband kam der Aufforderung nach, 12 Pfund Listen wurden eingereicht. Die Listen waren nicht vollständig, beim besten Willen konnte der Vorstand die Vollständigkeit nicht erreichen, weil eine Anzahl Zahlstellenvorstände in Bundesstaaten, wo solche vorstaatlichen Vorschriften nicht bestehen, dem Vorstand kein Verzeichnis einsandten. Dem Vorstand wurde demgegenüber über Geldstrafe angedroht. Die Sache kommt nun noch vor das Verwaltungsgericht.

Diese polizeiliche Handhabung des Vereinsgesetzes paßt schlecht zu den im Reichstage vom Staatssekretär v. Posadowski gegebenen Erklärungen, daß eine Voreingenommenheit gegen die gewerkschaftlichen Organisationen nicht bestehe.

— Die Steinarbeiter des Fichtelgebirges, insbesondere in Schwarzenbach a. Saale, Münchberg und Berneck stehen im Ausstand, erstere seit 10. Februar, letztere seit 10. März, weil die dortigen Firmen sich weigern, den alten Tarif wieder festzulegen. — In Wunsiedel ist den Steinarbeitern eine beträchtliche Reduzierung ihres Lohnsatzes in Aussicht gestellt worden, wenn es auch da zum Streik kommt, würden 300—400 im Ausstand stehen.

— Der Diamantenarbeiterstreik in Amsterdam, über den wir in Nr. 3 der „A.“ geschrieben, ist noch nicht beendet, die Fabrikanten wollen sämtliche Fabriken schließen. Es ist ein Komitee von hervorragenden Personen zusammengesetzt, das eine Vermittelung zwischen den streikenden Parteien anstrebt. Die Schließung der Fabriken ist deshalb auf vierzehn Tage verschoben worden. — In Götterborg (Schweden) streikten die Bäcker. Leider sind von Berlin nach dort eine größere Anzahl Streikbrecher abgereist. Die Bäckermeister lehnen jeden für die Arbeiter annehmbaren Vorschlag ab.

— Neue Postmarken gelten vom 1. April d. J. ab. Die jetzt gebräuchlichen Postmarken verlieren mit dem Ende des 31. März dieses Jahres ihre Gültigkeit. Die betreffende Bekanntmachung lautet folgendermaßen:

„Nach einem zwischen der Reichspostverwaltung und der königlich württembergischen Postverwaltung abgeschlossenen Uebereinkommen werden vom 1. April d. J. ab für das Reichspostgebiet und für Württemberg gemeinsame Postwertzeichen mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ eingeführt. Mit dem Verkauf der neuen Postwertzeichen wird am 20. März begonnen werden; jedoch sind die neuen Postwertzeichen nicht vor dem 1. April zur Frankierung gültig.“

Die zur Zeit im Reichspostgebiet umlaufenden Postwertzeichen mit der Aufschrift „Reichspost“, und zwar die letzte Ausgabe mit dem heraldischen Adler und die laufende Ausgabe mit der Germania, werden mit Ende März d. J. außer Kurs gesetzt; diese Marken dürfen daher nach dem 31. März nicht mehr zur Frankierung von Postsendungen oder Telegrammen benutzt werden. Es empfiehlt sich, beim Einkauf von Freimarken, Postkarten u. s. w. auf die bevorstehende Einführung neuer Postwertzeichen Rücksicht zu nehmen und nicht zu große Markenbestände vorrätig zu halten.

Unverwendet gebliebene Mengen der zur Zeit im Reichspostgebiet gültigen Wertzeichen können in der Zeit vom 20. März bis Ende Juni d. J. bei den Reichspostanstalten und den königlich württembergischen Postanstalten gegen neue Postwertzeichen umgetauscht werden; auch tauschen die Reichspostanstalten in derselben Zeit unverwendet gebliebene württembergische Postwertzeichen gegen neue gemeinsame Wertzeichen um. Eine Einlösung aller

Postwertzeichen gegen Haar ist dagegen ausgeschlossen.“

— Wirtschaftliche Rundschau. (Schluß.) Zu Gute kommt dem staatlichen und kommunalen Einkommen auch eine Folgeerscheinung der Krisis; der Ueberfluß von anlagefähigem Kapital, das dadurch bewirkt wurde, daß die Zinssätze und Steigen der Rentenwerthe, also die Höherbewertung aller Anleihen, welche die öffentlichen Körperschaften für ihre Unternehmungen ausschreiben müssen. Für die dreiprozentigen Konfols hatten Preußen und das Reich einst M. 99,60 und M. 99,30 erhalten, als Jedermann noch heilfroh war, eine sichere und einigermaßen „lohnende“ Verwendung für sein Geld zu finden. Als aber mit Dividendenpapieren und anderen Anlagen ganz andere Gewinne zu erzielen waren, als man das Geldkapital zu viel günstigeren Bedingungen in der Industrie und an der Börse „beschäftigen“ konnte, sanken die Konfols auf 94,70 Ende 1898, auf 88,70 Ende 1899 und schließlich auf 84,80 im Oktober 1900 — heute sind sie bereits wieder auf 93 hinaufgeklettert. Noch schärfer fast ist der Kontrast bei den kleinstaatlichen und kommunalen Schulverschreibungen, deren Markt naturgemäß enger und ungleichmäßiger ist. Sie konnten in der Zeit der fetten Industrieperiode kaum noch Anleihen an den Mann bringen, sie können es heute in jedem Betrage und zu verhältnismäßig recht annehmbaren Bedingungen. So holen sie denn auch Vieles nach. Am 22. Januar sind Preußen und das Reich mit einer Aufnahme von zusammen 300 Millionen Mark vorangegangen — wobei sie den Banken und der Börse einen viel zu hohen Zwischengewinn in den Schooß geworfen haben. Eine bayerische Staatsanleihe ist ihnen auf dem Fuße gefolgt. Der Bremer Senat hat die Emission von 30 Millionen Mark beschlossen, eine Hamburger neue Anleihe von 50 oder 55 Millionen steht nahe bevor, und Tag für Tag sind Zulassungen von Städteanleihen an der Berliner Börse zu verzeichnen. „Bei den meisten dieser Interessenten — heißt es in den Börsenberichten — liegt kein allzu dringendes Geldbedürfnis vor; es soll nur die außergewöhnlich günstige Gelegenheit zu einer guten Unterbringung ausgenutzt werden.“

Besonders der schwer getroffenen Elektrizitätsindustrie, deren beste Kunden die Kommunen sind, kann dieser Aufschwung des Anleihenmarktes — obwohl an sich nur ein Symptom und eine Folge der allgemeinen Krisis — eine große Erleichterung bringen, die auch durch die Verbilligung des Eisens, des Kupfers, der Kohlen, der Maschinen wesentlich unterstützt wird.

In anderer Weise, mehr direkt, beeinflußt der Geldüberschuß günstig das Baugewerbe. Das private Geldkapital ist auch hier sehr zufrieden, wenn es eine leidliche Verzinsung in Hypotheken finden kann, die selbst bei nicht erstklassiger Sicherheit immer noch besser scheinen als die Industrieaktien, an denen der biedere Rentner Haare genug gelassen hat. Die 4 prozentigen Pfandbriefe haben wieder den Paritets erreicht und überschritten, so daß also in gewissem Sinne die Krisis hier Erleichterung schafft, indem sie wieder größere Beträge zur Anlage in Hypotheken, zur Vergabe von Baugeldern freisetzt und zur Verfügung stellt. Ob die Einschränkung des Wohnungsbedarfs, das Aufhören der Fabrik- und Geschäftsbauten nicht dennoch diesen einen Vortheil weit überwiegen — diese Entscheidung wird je nach den einzelnen örtlichen Verhältnissen sehr verschieden ausfallen. Indes, die Lamenttheorie: daß vom ersten Zusammenbruch an die Katastrophen sich immer verheerender zusammenballen, bis gar nichts mehr Stand hält und Alles darniedergerworfen ist — diese einfache und einschüchternde Theorie entspricht der vorliegenden, widerspruchsvollen Wirklichkeit recht wenig.

Daß jedoch auch von einer allgemeineren Aufwärtsbewegung keine Rede sein kann, zeigt die Lage des Rohlenmarktes, der noch immer den besten Gradmesser der durchschnittlichen Industrietätigkeit liefert. Die Berichte aus dem Ruhrkohlengebiet gehen übereinstimmend dahin, daß seit Ende Januar nochmals eine Verschlechterung eingetreten ist, daß „die Absatzverhältnisse in vorhin diktatorischen Zeiten kaum jemals so wenig ausreichen waren wie jetzt. Verschärft wurde die üble Lage der Ruhrzechen in der letzten Zeit noch dadurch, daß infolge Hochwassers viele Ripper und Magazine in den Rhein- und Ruhrhäfen gänzlich gesperrt waren, sowie wegen des Frostwetters Waarenprodukte für die Hafen-Ripper nicht angenommen wurden. Feterschichten mußten weitgehendst eingelegt werden. Trotzdem war es vielfach nicht möglich, die Förderung der Nachfrage anzupassen. Die Lagerbestände auf den Becken haben sich dadurch noch vergrößert. Die thätigste Minderförderung der Syndikatszechen wird wahrscheinlich für den laufenden Monat (Februar) noch höher ausfallen, als für den Vormonat, wo sie schon 19,99 pCt. der Bezeichnung und damit einen Satz erreichten, wie er gleich hoch seit Bestehen des Syndikats nicht zu verzeichnen war. Die Beckenbesitzer sind übereinstimmend der Ansicht, daß auf eine Besserung der Absatzverhältnisse vor dem 1. April dieses Jahres nicht mehr zu rechnen ist.“

Dagegen scheinen die Eisenhütten etwas besser beschäftigt. In der Zementindustrie sind als Gegenzug gegen die Rohstoffsyndikate einige Verbände zu

Stande gebracht worden, die vereinzelt auch mäßige Preiserhöhungen erzielen konnten. Für die Koalitionsproduktion glaubt man eine gewisse Erholung wahrzunehmen; die schon für Februar auf 38 pCt. ermäßigte Förderleistung brauchte man nicht durchweg in voller Höhe aufrecht zu erhalten.

Von Bedeutung kann unter Umständen die stärkere Festsetzung des Staates im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier werden. Freilich, wer kann diesem Mächtigsten von kapitalistischem Staat so ohne Weiteres die Wahrung von Allgemeininteressen zutrauen, seien diese auch nur die Interessen der kapitalistischen Produktionsleiter im Ganzen gegenüber einer einzelnen mächtigen Clique. Doch die zunächst noch recht schüchtern und ungelent einsetzende Entwicklung wird man immerhin mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen, nachdem in den Vorstadien des Ankaufs die Börse zeitweilig erregt hin- und hergerathen und sich prostruiert hatte. Die Vorlage an das Abgeordnetenhaus verlangt 58 Millionen zum Ankauf von 96 Normalfeldern, größtentheils im Bezirk Beckinghausen; hervorgehoben wird, daß ein solcher Besitz bei den bedeutendsten Gesellschaften Westfalens an Größe übertreffen würde (Selsener H. G. etwa 80, Harpener etwa 60, Sibernia etwa 30 Normalfelder).

In der Begründung wird die „Möglichkeit, einen gewissen Einfluß auf die Preisbildung auszuüben, was sowohl dem Fiskus selbst als Verbraucher, wie auch der Allgemeinheit zu Gute kommen würde“, nur nebenbei gestreift. Die Regierung legt vorwiegend Nachdruck darauf, daß sie es ebenso machen wolle, wie die großen privaten Eisenwerke, die aus eigenem Interesse möglichst selbst ihren gesammten Kohlenbedarf erzeugen. Die im Besitze des preussischen Staates befindlichen Steinkohlenbergwerke, so wird ausgeführt, seien zum überwiegenden Theile in der Nähe der östlichen und westlichen Landesgrenzen — in Oberschlesien und an der Saar — gelegen, während der fiskalische Besitz an Steinkohlenbergwerken im Innern des Landes verhältnismäßig unbedeutend ist. Im eigentlichen westfälischen Steinkohlenrevier, d. h. zwischen Ruhr und Lippe, sind fiskalische Bergbaubetriebe bisher nicht vorhanden. Die preussische Eisenbahnverwaltung bezog im Jahre 1900 von ihrem im Ganzen 5 554 618 Tonnen betragenden Steinkohlenbedarf aus Oberschlesien 2 191 972 To., Niederschlesien 177 041 To., Saarbrücken 350 017 Tonnen, dem Rächener Bezirk 128 220 Tonnen, Westfalen 2 694 820 Tonnen. Diese Ziffern lassen erkennen, welche Wichtigkeit die Ruhrkohle für den Betrieb der Staatseisenbahnverwaltung besitze; für den Bezug dieser Kohle sei die Staatseisenbahnverwaltung zur Zeit im Wesentlichen auf das rheinisch-westfälische Kohlenrevier angewiesen: „Welche Schwierigkeiten der Eisenbahnverwaltung im Jahre 1900/01 beim Kohlenbezug erwachsen sind, darf als bekannt gelten. Sie wurde genöthigt, die Staatsbergwerke in Oberschlesien sowohl wie an der Saar in unvorhergesehener Weise stark in Anspruch zu nehmen.“ Für den Betrieb der staatlichen Steinkohlenbergwerke in Oberschlesien und an der Saar und nicht minder für die Eisenbahnverwaltung würde es daher von wesentlichem Vortheil sein, wenn auch die unentbehrlichen westfälischen Steinkohlen wenigstens theilweise vom Fiskus selbst gewonnen werden könnten. Zu diesen Erwägungen tritt noch eine Reihe anderer Beweggründe hinzu, die auf einen Erwerb von Steinkohlenbergwerken durch den Staat in Westfalen hindeuten. Bei den größeren industriellen Werken macht sich infolge der Erfahrungen der letzten Jahre immer mehr das Bestreben geltend, sich für ihren eigenen Bedarf an Steinkohlen vom Markte unabhängig zu stellen, um in ihrem Betriebe nicht behindert zu sein. Der Fiskus als der größte Kohlenverbraucher hat allen Anlaß, sich in gleicher Weise zu sichern.

Soweit die Motive, und die Weiterentwicklung dieser Angelegenheit wird über die Anschauungen der Regierung vielleicht bald näheres Licht verbreiten. Einstweilen müssen wir uns mit der Mittheilung der Thatsache und der offiziellen Begründung begnügen.

Charakteristisch war in den letzten Wochen, daß auch die Agrarier laut nach einer Verstaatlichung riefen: nämlich nach einer Verstaatlichung unserer größten deutschen Ackerereien, die sonst „amerikanisiert“ werden könnten — und jeder gute Agrarier sieht alsdann die überseeischen Landwirtschaftserzeugnisse zu einer wahren Spottfracht nach dem deutschen Markte bringen.

Es ist auch heute noch nicht mit Bestimmtheit festzustellen, was für Projekte und Intriguen in den letzten Monaten gespielt haben. Ende November verlutete, eine große amerikanische Kapitalvereinigung — gewöhnlich wurden Herr Morgan und der Stahltrust genannt — planen den Ankauf der Hamburg-Amerikaner. Auch der Norddeutsche Lloyd wurde erwähnt. An sich klingt der Plan garnicht so unwahrscheinlich, denn wenn der Stahltrust mit 1100 Millionen in Scene gesetzt werden konnte, wie verschwindend mußte alsdann für amerikanische Begriffe das Aktienkapital von je 20 Millionen Dollars erscheinen, wie es die beiden deutschen Ackerereien repräsentiren? Unter der Hand hat zweifellos

auch ein starker Ankauf von Schiffsfahrtsaktien stattgefunden; und wer die Aktien hat, hat eben auch die Schiffsfahrtslinien selber. Die amerikanische Schiffsfuhrsubvention ist zwar noch immer Entwurf geblieben, doch sie beweist, daß auch im Oceanverkehr die mächtig aufstrebende Union sich auf eigene Füße stellen will. Ein großer Theil der englischen Leylandlinie war bereits an das Moranahyndikat übergegangen; wer war da der deutsche Besitzer noch sicher? Ende Januar sind die Vertreter des Lloyd und der Packfahrt nach New-York abgereist — zu Besprechungen über Fahrt- und Frachtvereinbarungen, die einer unnützen Kraftvergeudung durch allzuhäufige Fahrten und einer Schleiherkonkurrenz wehren sollen. Diese eingeschränkte Besatz hat Manches für sich. Doch der ganze Vorgang hat immerhin blickartig die Macht der Riesenhyndikate und die Internationalität des Kapitals beleuchtet. Wenn der amerikanische Cigarettentrust ohne Widerstreben die deutschen Fabriken in seine Gewalt bringen konnte, wer bürgt uns dafür, daß deutsche Schiffsfahrtslinien, und wenn sie noch so sehr vom Reich subventionirt sind, allzulange Stand halten? Es läßt sich heute Alles kaufen, es kommt nur auf die Höhe der Abfindungssumme an.

Zum Schluß sei nach dem „Deutschen Oekonomist“ die Statistik der Gründungen von Aktiengesellschaften im Jahre 1901 mitgetheilt. Derartige Ziffern lehren zwar an sich nichts Neues, sie zeigen jedoch die bekannte und oft geschätzte Entwicklung in schärferer Umgrenzung: Die Zahl der im vergangenen Jahre gegründeten Aktiengesellschaften stellt sich auf 158 mit einem Aktienkapital von 158,26 Millionen Mark gegen 261 mit 340,46 Millionen Mark in 1900, 364 mit 544,39 Millionen Mark in 1899 und 329 mit 463,62 Millionen Mark in 1898. Die Gründungsthätigkeit ist also sowohl nach Zahl als Kapital im vergangenen Jahre weiter zurückgegangen; natürlich äußert sich dieser Rückgang für die einzelnen Branchen in verschiedenem Maße. So betrug die Zahl der Neugründungen unter der Rubrik „Metallverarbeitung, Maschinenbau“ nur 10 mit 19,01 Millionen Mark Kapital gegenüber 53 mit 87,89 Millionen Mark, 75 mit 109,22 Millionen Mark, 53 mit 68,65 Millionen Mark in den Jahren 1900, 1899 und 1898. Die Zahl der neu gegründeten Elektrizitäts-Gesellschaften beträgt 10 mit 6,45 Millionen Mark Kapital; die Parallellisten in den drei vorhergehenden Jahren sind 15 mit 27,67 Millionen Mark, 32 mit 34,59 Millionen Mark, 36 mit 46,55 Millionen Mark Kapital.

Berlin, 23. Februar 1902.

Max Schippel.

### Versammlungsberichte etc.

**Blankenhain.** Die letzte Zahlstellenversammlung, welche gut besucht war, beschäftigte sich mit der Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung und Stellung von Anträgen zu derselben.

**Antrag 1.** Die Veröffentlichung von Preislisten in der „Amesse“ unter der Rubrik „Aus unserem Verufe“ soll in Wegfall kommen.

**Begründung:** In Anbetracht der jetzigen Verhältnisse ist es nicht mehr angebracht, solche niedrige Preise in die Öffentlichkeit zu bringen, weil sich dadurch die noch besser gestellten Firmen danach richten.

**Antrag 2.** Verlegung des Schiedsgerichts, womöglich alle drei Jahre an einen andern Ort; zu empfehlen ist Dresden.

**Begründung.** Das jetzige Schiedsgericht hat durch seine Thätigkeit so viel Mißbilligkeiten unter die Mitglieder gebracht, daß es der Organisation mehr Schaden als Nutzen gebracht hat.

Ferner kritisirte die Versammlung die Anträge von Berlin II wegen Sanirung der Kasse, es wird betont, daß wir durch solche rücksichtliche Anträge, wenn dieselben angenommen werden sollten, dem Verband nicht zum Nutzen gereichen, indem jetzt schon Mitglieder schwer zu erhalten sind; vielmehr dann durch Annahme solcher verwerflichen Anträge. Es wird gewünscht, daß die Generalversammlung die Kassenverhältnisse zur Zufriedenheit aller Mitglieder regeln wird.

**Charlottenburg.** In der am 8. März stattgefundenen Zahlstellenversammlung waren 45 Mitglieder anwesend.

Als 1. Punkt war der Vortrag des Gen. Schnelber festgesetzt. Derselbe referirte über das Thema: „Was lehrt uns die Krise“. Nachdem der Referent in vortheilhafter Weise die Entstehung der Krise sowie deren Abhilfe und die Lehre, welche man aus einer solchen ziehen kann, den Mitgliedern vor Augen führte, wurde ihm am Schluß seines Vortrages großer Beifall gezollt.

**Punkt 2:** Interne Kassenangelegenheiten, gab der Kassirer Bericht über den Bestand des 5 pCt.-Fonds und führt aus, daß derselbe in Folge der hohen Ausgabe ein beträchtliches Defizit aufweist, dessen Abhilfe dringend bedarf. Hierzu wurde ein Antrag der Verwaltung pro Mitglied den Monat 10 Pf. zu entrichten, bis zur Generalversammlung, einstimmig angenommen. Ein Antrag bezüglich Veröffentlichung des Jahresabschlusses der Preisliste, wurde angenommen. Es wurden im vorigen Jahre 12 Versammlungen abgehalten, diese wurden von 65 Mitgliedern wie folgt besucht: 7 Mitglieder besuchten

12 Versammlungen, 7 Mitglieder 11, 6 Mitglieder 10, 9 Mitglieder 9, 6 Mitglieder 8, 18 Mitglieder 7, 3 Mitglieder 6, 3 Mitglieder 5, 2 Mitglieder 4, 2 Mitglieder 3, 2 Mitglieder keine. Die zwei, die keine Versammlung besuchten, war ein krankes, jetzt verstorbenes Mitglied, das andere ist, weil es fortwährend auf Montagearbeit, vom Versammlungsbesuch dispensirt. Im Ganzen ist der Versammlungsbesuch gegen das Vorjahr ein guter zu nennen, jedoch muß das Bestreben der Mitglieder dahin gehen, daß Alle die Versammlungen besuchen. Die Verathung über Anträge zur Generalversammlung wurde vertagt und hierzu eine außerordentliche Versammlung beschlossen, welche am 22. März stattfinden soll. Als Kandidat wurde Kollege Schulte aufgestellt.

Zu Punkt „Verschiedenes“ wurde berichtet, daß die Kollegen der Firma Schomburg, Berlin-Weißensee eine Sorte Kappen bedeutend billiger herstellen, als die Kollegen der Firma Richter veranschlagt hatten. Dieses Vorgehen wird aufs schärfste getadelt und der Isolatorenkommision zur weiteren Verathung überwiesen.

Weiter wird berichtet, daß in der Königl. Porzellan-Manufaktur ebenfalls ein Abzug bei den Isolatorendrehern stattgefunden hat; es bezieht sich derselbe auf die 1er Kappe, für welche es 6,90 pro Hundert gab, auf 6,50 Mk. reduziert wurde. Hier ist wieder einmal zu beobachten, daß auch ein staatliches Unternehmen den Privatunternehmern, in punkto Abziehen, nichts nachgibt. Vielleicht werden die Königl. nun aber bald einsehen lernen, daß es doch Zeit wird, sich zu organisiren, um so den weiteren Abzügen durch gemeinsames Vorgehen entgegenzutreten.

**Glogerburg.** In unserer am 16. März stattgefundenen Porzellanarbeiter-Versammlung brachte Gen. Hofmann aus Jmenau als Referent über das Thema: Zweck und Nutzen der Organisation folgende Punkte zur Sprache: Zunächst besprach Gen. Hofmann die Abtheilung in unserer Branche, wobei er viele traurige Beispiele erwähnte. Ferner erläuterte derselbe die Ursache und Entstehung unserer wirtschaftlichen Krise. Zum dritten Punkt erläuterte er die Behandlung von Arbeitern in den Porzellanfabriken, wie verschiedentlich es doch sei, wenn die Arbeiter in einer Fabrik organisiert oder nicht organisiert wären. Weiter besprach Gen. Hofmann die beiden Punkte, welche ja schon bekannt sind. Erstens den Fall Lent aus Passau wegen Schließung seiner Kantinen, zweitens den Fall Werner in Dessau, der die Arbeiter mit der Pistole bedrohte. Zu Punkt 5 erörterte Gen. Hofmann, wie es in manchen Arbeitsräumen aussehe und dabei noch überlange Arbeitszeit. Weiter erläuterte er die Verhältnisse und das Bestreben des mittelhürtingischen Arbeitgeberverbandes. Zu Punkt 7 kam der Referent auf Gesundheit, Wohnung und Kinderarbeit in unserer Branche zu sprechen. Ferner besprach er die Aufklärung und Organisation der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Zum letzten Punkt kam noch Einiges über den Nutzen unseres Verbandes zur Sprache. Nachdem einige Uebelstände in unserer Zahlstelle gerügt waren, hauptsächlich der Besuch der Versammlungen, wurde die Versammlung geschlossen. Der Redner erntete Beifall für seinen interessanten Vortrag.

**Fraureuth.** In der am 9. März stattgefundenen Zahlstellen-Versammlung wurde über Anträge zur Generalversammlung debattirt. Die Zahlstelle Fraureuth schließt sich dem Antrage I (Münchberg) mit gleichlautender Begründung an. Außerdem stellt die Zahlstelle folgenden Antrag:

Die Generalversammlung möge beschließen, daß die Generalversammlung alle 5 Jahre abgehalten werde.

**Begründung:** Daß dadurch der Verbandskasse ein erheblicher Betrag erhalten bleibt und der Fortschritt dasselbe Ziel erreichen wird, als wenn wir alle 2 Jahre eine Generalversammlung abhalten, denn wir müssen auch die Mitgliederzahl in unserem Verbands im Auge behalten und müssen mit unseren finanziellen Verhältnissen rechnen.

**Hirtenberg a. M.** Die Zahlstelle stellt folgende Anträge zur Generalversammlung:

**Berbandstatut.** § 13 Absatz 2 zu streichen.

**Begründung:** Sparsamkeit.

§ 20. Das Schiedsgericht von Oberhausen zu verlegen, nach einer Gegend, wo unsere Zahlstellen in der Nähe sind, um größere Kosten zu sparen.

**Begründung:** Wenn Vorstand und Schiedsgericht uneinig sind, kann nie was gutes herauskommen.

§ 33. Für Absatz 3 setzen: Drei Agitationsbezirke.

**Begründung:** Um die Gründe der Anträge von verschiedenen Seiten erst genau zu prüfen.

**Beihilfefond.** § 1. Mitglieder können bis zum 30. Jahre ohne ärztliche Bescheinigung auf Antrag der Verwaltung jedoch nach den bisherigen Formulare aufgenommen werden, über 30 Jahre gegen ein ärztliches Attest.

**Begründung:** Um den jungen Mitgliedern den Eintritt zu erleichtern.

§ 3. Statt 13 Wochen, zu setzen 26 Wochen.

**Begründung:** Stärkung des Beihilfefonds.

**Besondere Anträge.** Die Daten der Delegirten sollen für die jetzige Generalversammlung auf 10. Mkt. und gleichfalls für die nächste im voraus festgelegt werden. Ebenso sollen die Verbandsbeamten keine Extraspesen bekommen.

**Begründung:** Da andere Organisationen mit mehr Mitgliedern noch niedrigere Diäten im voraus festsetzen.

**Herrsdorf.** Am 8. März fand hier eine Zahlstellen-Versammlung statt, in welcher beim 3. Punkt der Tagesordnung: Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung der Anträge gestellt wurde, am 22. d. M. eine außerordentliche Versammlung mit der Begründung anzuberaumen, daß dieser wichtige Punkt in einer Versammlung, die nur von 27 Mitgliedern (die Zahlstelle zählt 174 Mitglieder) besucht ist, nicht erledigt werden kann. Gleichzeitig wurden die anwesenden Mitglieder aufgefordert, für regeren Besuch der Versammlung zu agitieren, da es eine große Anzahl Mitglieder überhaupt nicht mehr für notwendig hält, die Versammlung zu besuchen. Beim 6. Punkt der Tagesordnung „Verschiedenes“ theilt der Vorsitzende der Agitations-Kommission mit, daß die Zahlstelle Eisenberg für Agitationszwecke 30 Mk. bewilligt hat und die hiesige Zahlstelle auffordert, einen gleichen Betrag für obigen Zweck auszuwerfen. Während der Diskussion über diesen Punkt stellt sich heraus, daß der Zahlstelle keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, da der 5 pCt.-Fond vollständig aufgebraucht ist und wird darauf der Antrag gestellt und einstimmig angenommen, den Hauptvorstand zu ersuchen, der hiesigen Zahlstelle zu Agitationszwecken 30 Mk. zu überweisen. Ferner wurde beschlossen, über die Beteiligung bei Begräbnissen von Zahlstellenmitgliedern oder deren Frauen eine Liste zu führen und dieselbe in der nächstfolgenden Versammlung zur Verlesung zu bringen, um diejenigen festzustellen, welche es nicht für notwendig erachten, ihren Verbandsgenossen respektive deren Frauen die letzte Ehre zu erweisen.

**Kahla.** Die am 15. März stattgefundene außerordentliche Zahlstellenversammlung beschäftigte sich unter Anderem mit Anträgen zur Generalversammlung und sollen nachstehende, einstimmig angenommene Anträge, als solche der Generalversammlung unterbreitet werden.

1. Den Zahlstellen verbleiben 15 pCt. ihrer Einnahme zur freien Verfügung.

**Begründung:** Da mit den 5 pCt. nicht auszukommen ist.

2. (Antrag zu § 8.) Der Verband besteht aus den innerhalb des Deutschen Reiches sich bildenden Zahlstellen und zerfällt in 4 Agitationsbezirke mit je einem besoldeten Vertrauensmann, und wird geleitet von drei besoldeten Vorstandsbeamten. Das Hauptbureau befindet sich in Berlin.

Nachtrag zu 2. Den Vertrauensmännern der vier Agitationsbezirke wird die Revision der in ihrem Agitationsbezirk sich bildenden Zahlstellen unter Verantwortung des Vorstandes überwiesen.

**Begründung:** Die Zahlstelle Kahla schließt sich voll und ganz der Zahlstelle Zimmern an (siehe Nr. 10), nur in diesem Sinne kann in Punkt Agitation etwas Sprichliches gesagt werden.

3. Die Generalversammlung wolle beschließen, unsere Differenzfälle eingehend zu prüfen. Unsere kleinen und großen Sperrern auf die Tagesordnung zu setzen.

**Begründung:** Vorkommnisse im vergangenen Jahre begründen diesen Antrag voll und ganz, können jedoch nicht öffentlich besprochen werden. Auch nehmen die gesperrten Orte immer mehr zu, und mit denen die große Anzahl der arbeitslosen organisierten Genossen.

4. Von einer Veröffentlichung der Affordische einzelner Branchen in unserem Organ ist Abstand zu nehmen.

**Begründung:** Wir haben am wenigsten Veranlassung, die Unternehmer auf die bestehenden niedrigen Affordische aufmerksam zu machen.

5. Die Zahlstelle Kahla schließt sich der Zahlstelle Drebuz voll und ganz an (siehe Nr. 10). Arbeitsnachweis wird obligatorisch eingeführt.

**Begründung:** Dieser lästige Zwang, sich an jeden beliebigen Unternehmer zu wenden und um Arbeit nachzusuchen, hat manchen Arbeitgeber schon zu Dingen hingeführt, die unsere Organisation nicht verantworten kann.

6. Die Zahlstelle schließt sich dem Antrag 6 von Berlin II (Nr. 11), Schiedsgericht betreffend, an.

7. § 1 des Beihilfe-Reglements möge folgendermaßen lauten: „Die Mitglieder des Verbandes können bis zum 35. Lebensjahre gegen wahrheitsgetreue Verantwortung der von der Zahlstellenverwaltung vorgelegten Fragen des Aufnahmescheins, je nach Höhe etc.“

**Begründung:** Es ist unter den heutigen Umständen ganz unnötig; ein ärztliches Attest zu fordern, da es jetzt heute überhaupt nur mehr auf die Konsultationsgebühr ankommt.

8. Folgender Satz aus § 4 des Beihilfe-Reglements: „Und ist zur Beibringung eines neuen ärztlichen Aufnahmescheins verpflichtet“ zu streichen.

**Begründung:** Es sollten die Zahlstellenverwaltungen als kompetent erachtet und denselben die Kontrolle übertragen werden.

9. § 5 des Beihilfe-Reglements, die Beihilfe darf einschließlich der Versicherung in Krankenkassen den Durchschnittsverdienst des letzten Kalenderjahres nicht übersteigen, andernfalls Kürzung bis zum Durchschnittsverdienst erfolgen kann.

**Begründung:** Es ist äußerst notwendig, daß ein Arbeiter sich in Krankenkassen eben so hoch versichert, als sein Verdienst im Durchschnitt ist.

10. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich nach der 52 wöchentlichen Mitgliedschaft seinem Verdienst entsprechend höher zu versichern.

**Begründung:** Da bei Differenzfällen sich oft erwiesen hat, daß sehr viel Mitglieder zu niedrig versichert waren.

Nachdem noch einige nicht benennenswerte Punkte zur Sprache kamen, wurde die Versammlung um 1/12 Uhr geschlossen. Anwesend waren 110 Mitglieder.

**Röln-Chrenfeld.** In der am 10. März abgehaltenen Versammlung, welche von 15 Mitgliedern besucht war, wurde über die vom Vorstand vorgelegten Fragen abgestimmt. Die zwei ersten Fragen wurden einstimmig verneint und die dritte einstimmig angenommen. Ein anderer wichtiger Punkt unserer Tagesordnung war die Wahl eines Delegierten, welcher sich mit den anderen Zahlstellen unseres Wahlbezirks in Verbindung setzen soll, um das Ganze zu erleichtern. Hierzu wurde unser Vorsitzender Genosse Berg gewählt. Ferner wurde der Antrag gestellt, einen Referenten nach hier zu entsenden oder einen wissenschaftlichen Vortrag in unserer Monats-Versammlung halten zu lassen. Unter Anderem stand unser diesjähriges Stiftungsfest auf der Tagesordnung. Selbiges wurde auf Sonnabend, den 19. April festgesetzt, hierzu sollen die umliegenden Zahlstellen eingeladen werden. Zum Schluß rügte unser Vorsitzender Genosse Berg den schlechten Besuch unserer Monats-Versammlungen. Den Genossen der Zahlstelle Röln-Chrenfeld wird hiermit nochmals ans Herz gelegt, die Versammlungen in nächster Zeit doch reger zu besuchen, da es doch zu ihrem eigenen Vortheil ist. Unser jetziges Verbandslokal befindet sich bei Theodor Graaf, Benloerstraße.

**Mitterteich.** Am Sonnabend, 15. März fand im Vereinslokal eine außerordentliche Zahlstellenversammlung statt, betreffs Aufstellung eines Delegierten zur Generalversammlung. Nach vorausgegangener Diskussion wurde es für gut befunden, daß sich die drei Verwaltungen der Zahlstellen Arzberg, Waldsassen und Mitterteich gemeinschaftlich versammeln und in einer Besprechung resp. Beschlusfassung in der Delegiertenfrage sich einigen. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden auch verschiedene bis jetzt veröffentlichte Anträge zur Generalversammlung erörtert. Die Anträge 1-2 der Zahlstelle Drebuz in Nr. 10 der „A.“ für gut befunden, dagegen die Anträge 1-5 der Zahlstelle Berlin II verworfen, da dieselben mehr Schaden als Nutzen bringen und ein Demuscheln in der Bewegung sein würden, weil dabei den Mitgliedern die Pflichten erhöht und die Rechte geschmälert werden.

**Schwarzenbach.** Nach Schluß der Zahlstellenversammlung vom 15. 3. wurden die unorganisierten Maler, welche in unserem Bereiche der Zahlstelle beschäftigt sind, namhaft gemacht zur Kenntnismachung für andere Zahlstellen. Bei Firma W. Nummer: Emil Junold Köhr, ausgeschloffen 16. 1. 1899; bei Oskar Schaller u. Co.: Heinrich Schmidt, wegen Resten gestrichen 1901, Karl Kornhäuser, unorganisiert von Oberkotau 1901 angekommen; bei Firma Parbus u. Co.: Baptiste Fuirier, wegen Resten gestrichen 1901; bei Firma Ansbach u. Fiedereuter, Martinlamky: Robert Feym, wegen Resten gestrichen 1901, Hans Wolfram, zuletzt in Weiswasser, zwei Jahr beim Militär, hier angemeldet 18. September 1901, kleinerer Beiträge entrichtet und deshalb wegen Resten gestrichen.

**Fels.** In der am 9. März stattgefundenen Zahlstellenversammlung waren 80 Mitglieder anwesend.

Nachdem der erste Punkt erledigt, bringt der Kassierer den Quartalsabluß vom 4. Quartal zur Verlesung, welcher im Verband wie folgt abschließt: Einnahme: 1031,75 Mk., Ausgabe: 944,46 Mk., Bestand: 87,29 Mk., Beihilfefond. Einnahme: 206,61 Mk., Ausgabe: 193,17 Mk., Bestand: 13,44 Mk. Eingetretene sind 11, gestrichen 3 Mitglieder. Der Mitgliederbestand war am Schluß 238. Der Revisor bestätigt die Richtigkeit der Kassensführung und wird dem Kassierer Decharge erteilt.

Punkt 3: Vertrauensmännerwahl: Die Genossen Brückner und Neßch wurden gewählt.

Punkt 4: Ein Antrag zur Generalversammlung, betreffs Schiedsgericht, wurde eingebracht, daß der Delegierte zur Generalversammlung mit gebundenem Mandat den Antrag der Zahlstelle Nürnberg ablehnt.

Unter Wünsche und Anträge giebt der Vorsitzende bekannt, daß die Regelung der Bibliotheksbücher stattgefunden hat und beherzigt die Mitglieder, selbige wieder in gutem Zustande an den Bibliothekar abzuliefern, die Bücher werden nur 8 Wochen geliehen. Ferner wurde ein Antrag gestellt, daß am 23. März eine außerordentliche Generalversammlung mit der Aufstellung des Delegierten zur Generalversammlung stattfindet.

**Forstmann.** In der am 8. März abgehaltenen Zahlstellenversammlung, welche von 31 Mitgliedern besucht war, wurde zunächst über die vom Vorstand ausgearbeitete Mitglieder-Abstimmung (betreffs Bureau-Angelegenheiten) wie folgt abgestimmt. Frage 1: 29 dagegen; Frage 2: 29 dagegen; Frage 3: 29 dafür. Als dann beschäftigte man sich über die Stellungnahme zu der bevorstehenden Generalversammlung. Es wurde über die Anträge Nürnberg diskutiert, wobei der Wunsch laut wurde, den Antrag 1 der betreffenden Zahlstelle dahin abzuändern, daß das Schiedsgericht bestehen bleibt. Die

Mitglieder desselben sollen sich aber aus mehreren Zahlstellen rekrutieren, vielleicht aus einem Agitationsbezirk. Den übrigen Anträgen wurde zugestimmt. Nach Erlebigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Girschewentz.** Die hiesige Zahlstelle besaßte sich in der am 12. März abgehaltenen außerordentlichen Zahlstellen-Versammlung mit dem Antrag Zimmern in Bezug auf Gaueinteilung innerhalb des Verbandes.

Besonders wurde der Antrag für verfrüht betrachtet, da die Mitgliederzahl zu gering erscheint und nur dem Verbande neue Kosten auferlegt werden. Im Gegensatz zu diesen stellt die hiesige Zahlstelle folgenden Antrag:

„Innerhalb des Verbandes eine Sterbekasse zu gründen, in welcher nur ausdrücklich derjenige Mitglied werden kann, der gleichzeitig Mitglied des Verbandes ist oder werden will.“

**Begründung:** Durch oben genannte Kasse werden dem Verbande neue Mitglieder zugeführt.

Sehr viele unserer Berufsgenossen und verw. Arbeiter sind bei verschiedenen patriotischen u. Vereinen meist nur wegen solchen und ähnlichen Einrichtungen, deshalb soll man eben alles versuchen, um auf irgend einem Wege den Berufsgenossen Gelegenheit zu geben, sich dem Verbande anzuschließen. Wir ersuchen deshalb die Zahlstellen auch zu diesem Stellung zu nehmen.

**Weiswasser.** Folgende Anträge stellte die Zahlstelle zur nächsten Generalversammlung:

I. Zur gründlichen Erforschung und lausenden Erkennntnis unserer sozialen Lage sind in allen Zahlstellen statistische Kommissionen zu wählen, welchen die Führung zunächst einer genauen, permanenten Lohnstatistik des Arbeitslohnes der Zahlstellenmitglieder obliegt. Die Zahl der zu wählenden Kommissionsmitglieder hat sich nach der Größe der Zahlstelle und nach der Zahl der innerhalb der Zahlstelle vorhandenen und in Betracht kommenden Werkstätten zu richten, so daß für jede Arbeiterkategorie bezw. Werkstatt mindestens eine Persönlichkeit vorhanden, welche von jedem Mitarbeiter, soweit er Mitglied des Verbandes ist, allwöchentlich den Arbeitslohn auf Grund der Lohnbücher in die vom Hauptvorstand zur Verlesung gelangenden Bogen einzutragen hat. Die Eintragungen dürfen nur aus den Lohnbüchern geschöpft werden, jede nur mündliche Mitteilung an den Vertrauensmann über den erhaltenen Lohn ist unzulässig, so daß seitens der Mitglieder dem Vertrauensmann Einblick ins Lohnbuch zu gestatten ist. Die einzelnen Bogen, welche zur Aufnahme für ein Vierteljahr berechnet sind, sind am Vierteljahreswechsel an den Vorsitzenden der örtlichen Kommission ausgefüllt abzugeben und von diesem hinter Verschluss aufzubewahren. Unter Einziehung aller Kommissionsmitglieder hat jedes Vierteljahr die Aufrechnung stattzufinden und ist das summarische Resultat wieder in besondere Bogen einzutragen. Es empfiehlt sich, als Kommissionsmitglieder nur Leute zu wählen, welchen von ihren Mitarbeitern Vertrauen entgegengebracht wird und welchen ein sorgfältiges Arbeiten in dieser Sache zugetraut werden kann. Die Verantwortung für die Richtigkeit des Zahlenmaterials haben die Kommissionsmitglieder der Zahlstellen voll zu übernehmen.

**Begründung:** Eine auf dieser Basis gewonnene Lohnstatistik dürfte allein nur Werth haben, ganz abgesehen von dem erheblichen Werth, den die Vornahme solcher und ähnlicher Arbeiten, an denen sich ein größerer Theil der Genossen beteiligen kann, zur Folge hat. Eine solche Thätigkeit ist nicht mit Geldkosten für die Teilnehmer verbunden, sie kann zu Hause vorgenommen werden. Den allgemeinen Werth einer richtig geführten Lohnstatistik in gewerkschaftlicher Hinsicht noch besonders zu betonen, dürfte überflüssig sein. Bei Erörterung der Frage, ob wir mit unserem Antrage den Genossen zuviel zugemuthet haben, gestatten wir uns Folgendes zu bemerken: Angesichts des Umstandes, daß der größte Theil der Verbandsgenossen sich in politischer Hinsicht als gute Sozialdemokraten erweisen, d. h. sich neben vielen anderen Arbeitern anheftig macht, eine Verwirklichung des gesammten produktiven Nationalvermögens zum Wohle der Gesamtheit anzustreben, angesichts dieses Umstandes dürfte es nicht nur zweckentsprechend, sondern auch wohl begründet erscheinen, wenigstens den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern einmal nahe zu legen, ihrem Unternehmertum den Beweis zu erbringen, daß die Arbeiter im Stande sind und den guten Willen besitzen, über den Ertrag ihrer Hände Arbeit im heutigen kapitalistischen Staate wenigstens genau Buch führen zu können.

II. Bei etwa vorzunehmenden Änderungen der Beitrags- und Unterstützungsätze im Statut zwecks Hebung der Rassenverhältnisse, wolle sich die Generalversammlung von folgenden Grundsätzen leiten lassen: Einer Hebung der Rassenverhältnisse durch Kürzung der Unterstützungsätze, insbesondere durch Streichung der Prämienätze, wolle die Generalversammlung nicht zustimmen, mit Rücksicht darauf, daß die unentwegte dauernde Hingabe an einer Sache eine solche Maßnahme in keiner Weise rechtfertigt. Vielmehr wolle man die zahlreiche Abstrufung der Beiträge durch eine Abminderung nach oben beseitigen und dafür eine Steigerung der Unterstützungsätze mit den Jahren einer ununterbrochenen Mitgliedschaft eintreten lassen. Wir machen also den

Vorschlag eines weiteren Ausbaues des Prämien-systems. Er verschafft uns mehr dauernde Mitglieder und nur solche vermögen eine Organisation innerlich zu kräftigen.

**Begründung:** Der Einwand, daß ein großer Teil der Mitglieder und aller Jener, die es noch werden sollen, nicht im Stande sind, hohe Beiträge zu leisten, dürfte sich dadurch aufheben lassen, wenn die verschiedenen Turn-, Gesang-, Radfahrer- und ähnliche Vereine nicht mehr in dem Umfang, wie jetzt, zum Schröpfen der goldenen Jugend als passende Gelegenheit benutzt werden. Den Aufwendungen an Zeit und Geld für diese Vereinskasse steht kein gleichwertiger Nutzen gegenüber, im Gegenteil, die theilnehmenden Mitglieder an solchen Sportvereinen werden so in Anspruch genommen, daß für ein wirklich ernstes, gelöstes Vorwärtstreben auf wirtschaftlichem Gebiete, und das liegt doch ungemein näher, in der Regel keine Zeit übrig bleibt.

III. Die Generalversammlung wolle versuchen, den Verbandsmitgliedern ein größeres Feld gewerkschaftlicher Thätigkeit zu eröffnen durch Pflege einer die gesamten Berufsverhältnisse umfassenden Statistik. Spezielle Vorschläge hierzu behalten wir uns vor.

**Begründung:** Der Arbeiterschaft dürfte es hierdurch erst möglich sein, einen hinlänglichen Einblick in das wirtschaftliche Getriebe ihres Berufes und seinen Veränderungen, denen er unterworfen, zu erhalten. Ein auf solcher Grundlage gewonnenes Material dürfte es ungemein erleichtern, zweckmäßige Maßnahmen zur Erhaltung der bestehenden oder Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu treffen. Zum Mindesten dürften wir besser vor Fehlgriffen geschützt sein.

IV. Alle Verbandsmitglieder werden aufgefordert, etwaige Anträge auf weitere Einstellung von Bureaubeamten oder Gehaltsänderungen derselben nicht erst während der Generalversammlung, sondern vorher zu stellen.

**Begründung:** Den Delegirten kann durch ihre Wähler eine Rücksicht gegeben werden; erstere sind keiner Ueberumpelung auf der Generalversammlung und keinen späteren Vorwürfen von Seiten ihrer Wähler ausgesetzt und den Bureaubeamten selbst dürfte diese Maßnahme nur recht sein.

### Adressen-Nachtrag.

Arzberg. Vorf.: Christoph Kunzmann, Egerstr. 169. Beif.: Wilhelm Lederer, Rathausstraße 18.

Eisenberg. Beif.: Joh. Köppler, Dreher, Gehind.

Elsterwerda. Vorf.: Julius Böhm, Dreher, Gartenstraße. Beif.: Carl Frenzel, Maler, Bernerstraße.

Mannheim. Beif.: R. Reichert wohnt Mannheim K 3, 5a. In der Wahlgruppen-einteilung (Nr. 10) soll es unter Adresse Mannheim nicht Schütter sondern Sütter heißen.

### Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung, Dienstag, 25. März Abends präzis 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Althaldensleben. Sonntag, den 28. März, Abends 6 Uhr bei Wiegert.

Altwasser. Sonnabend, 22. März, Abends 8 Uhr, außerordentliche Zahlstellen-Versammlung. Stellung von Anträgen zur General-Versammlung. Aufstellung eines Kandidaten als Delegirten zu derselben. Bei der Wichtigkeit dieser Tagesordnung haben sämtliche Mitglieder zu erscheinen.

Berlin II. Sonnabend, 22. März bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Tagesordnung: Anträge und Beratung der Statuten zur General-Versammlung.

Burggrub. Sonnabend, 22. März, Abends 6 Uhr im Vereinslokal. Bibliothekbücher mitbringen.

Charlottenburg. Sonnabend, 22. März, außerordentliche Zahlstellen-Versammlung bei Bernick, Bismarckstr. 34. Beratung der Anträge zur General-Versammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Freienort. Sonnabend, 22. März im „Saalthal“ zu Raschhausen. Erscheinen aller Mitglieder dringend nötig.

Gera. Sonnabend, 22. März, Abends 1/2 9 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung, deshalb Alle erscheinen.

Geringswalde. Sonnabend, den 22. März, Abends 9 Uhr im Hotel „Goldner Adler“.

Geschwend. Sonnabend, 22. März, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Gräfenhain. Sonnabend, 22. März im Vereinslokal.

Grünstadt. Sonntag, 23. März, Nachmittags 3 Uhr bei Langhammer. Erscheinen Aller notwendig.

Hermsdorf in S.A. Sonnabend, 22. März, Abends 8 Uhr außerordentliche Zahlstellenversammlung im „Weißen Hirs“. Tagesordnung: Aufstellen eines Kandidaten zur Generalversammlung. Anträge zur Generalversammlung. Pflicht der Mitglieder ist es, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Magdeburg-Neustadt. Sonnabend, den 22. März, Abends 8 Uhr bei A. Variels, Fabrikstr. 56. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen Aller notwendig. Bibliothekbücher mitbringen.

Martinroda. Sonnabend, 22. März, Abends 1/2 9 Uhr im Gasthaus „Zum Thüringer Wald“. Tagesordnung: Delegirtenwahl. Stiftungsfeft.

Metzen. Sonnabend, 22. März, Abends 8 Uhr im Restaurant „Thurmhaus“. Außerordentliche Zahlstellen-Versammlung. Stellungnahme zur General-Versammlung. Aufstellung eines Kandidaten.

München. Sonntag, 6. April im Vereinslokal. Neuhaldensleben. Sonnabend, 22. März bei Herzog außerordentliche Zahlstellen-Versammlung. Kandidatenwahl. Anträge zur General-Versammlung. Erscheinen Aller ist Pflicht.

Nürnberg. Sonnabend, 22. März im „Felsacker“, Ecke Felseder- und Fabrikstraße.

Plaue. Sonnabend, 22. März, Abends 1/2 8 Uhr bei Schirch.

Rosen. Sonnabend, 22. März außerordentliche Zahlstellenversammlung b. Deierling, Kronprinzenstr. 51. Anträge zur Generalversammlung.

Rathenow. Sonnabend, 22. März im Vereinslokal bei Regel. Der reichhaltigen Tagesordnung wegen alle Mann erscheinen.

Selb. Sonntag, 23. März außerordentliche Versammlung wegen Aufstellung des Delegirten zur Generalversammlung.

Tirschenreuth. Mittwoch, 26. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal „Goldener Löwe“. Die Mitglieder werden ersucht, sämtlich zu erscheinen.

Wohlfrauh. Samstag, 22. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal Müller.

Wittenberg. Sonnabend, 10. März im Vereinslokal.

Weingarten i. B. Jeden ersten Mittwoch im Monat Versammlung.

Zell a. H. Sonnabend, 22. März im Lokale „Zum Bad Hof“. Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung. Anträge zur Generalversammlung. Die Mitglieder werden nochmals aufgefordert, sämtliche Bibliothekbücher behufs Aufstellung eines neuen Verzeichnisses abzugeben.

### Sterbetafel.

Elsterwerda. Peter Major, Formengießer, geb. 27. April 1876 in Wallersangen, gest. 2. März an Lungenschwindsucht. Letzte Krankheitsdauer 15 Wochen.

Plaue. Heinrich Kahle, Hilfsarbeiter, geb. 10. Februar 1858 zu Rönchhof, Amt Seefen, gest. 6. März an Magentrebs. Letzte Krankheitsdauer 5 Monate.

Hormsdorf. Wilhelm Apel, geboren 26. August 1868 in Saalborn, gest. 2. März zu Wesselnborn (S.A.) an Herzfehler. Letzte Krankheitsdauer 5 Wochen. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.

Küps. Reit Wunder, Dreher, geb. 1. Mai 1865 zu Küps, gest. 5. März zu Oberlangensfeld an Lungentuberkulose. Selber Verbandsmitglied.

Rudolstadt-Volkstedt. Robert Fischer, Former, geb. 11. Januar 1837, gest. 4. März an Lungenschwindsucht. Seit 1894 krank. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.

Annaburg. Martin Vogel, geboren am 15. Februar 1848 zu Amberg, Bayern, gestorben 12. März im Paul Gerhardsstift zu Wittenberg infolge Operation (Abnahme des linken Beines). Krankheitsdauer 6 Wochen.

Neuhaldensleben. Otto Hunold, Maler, geb. 25. Januar 1880 zu Althaldensleben, gestorben 2. März ebendasselbst an Bluthurz. Letzte Krankheitsdauer 1 Woche. Verbandsmitglied.

Magdeburg-Neustadt. Otto Mertens, Maler, gestorben im 35. Lebensjahre an Lungenschwindsucht.

Ghre ihrem Andenten.

### Goldschmiedere

Wie alle goldhaltige Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung  
Otto Hamann, Neustadt i. Sachsen.

la. echte Pariser Pinsel empfiehlt Anton Müller, Fraurupth b. Werdau i. S.



**Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Mäpfe u. s. w.** werden ausgekocht und das Gram Gold mit 2 Ml. 60 Pf. abgekaut. Sendungen werden schnell erledigt.

M. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.

### Alle Sendungen von Gold u. Goldabfällen

bedient äußerst schnell und reell  
Germann Hammermüller, Niederplanitz i. Sach.

### Goldschmiedere

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Kottmann, Stadtilm, Thür.

Markredwitz. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Monatsbeiträge nur in den Versammlungen entgegengenommen werden. Der Kassirer.

**Achtung! Achtung!**

13. Agitations-Bezirk.

Laut Beschluß der letzten Konferenz lade ich die Vertrauensmänner von Hausen, Rodach, Koburg, Neustadt, Oeslau, Alexandrinenthal, Kortendorf, Schney, Küps, Kronach und Burggrub zu einer Besprechung über etwa zu stellende Anträge zur Generalversammlung, sowie über Eintheilung einer Agitations-tour seitens unseres Redakteurs Richard Jahn

am 28. März, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokale der Bahnhalle in Küps ein.

Etwas Wünsche und Anträge sind an den Korrespondenten W. Hirsch, Schney, zu richten. Briefliche Einladung findet nicht statt. Beste Verbindung über Lichtensfeld ist der Schnellzug 2 Uhr 5 Minuten.

Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Einberufer.

### Vertrauensmänner-Konferenz für den 2. Agitations-Bezirk Dorort Wittenberg.

Sonntag, den 23. März, Vormittags 11 Uhr bei Schreiner, Felsstraße in Rosslau.

Vorkläufige Tagesordnung:

1. Rechte und Pflichten der Agitations-Kommission und der Vertrauensmänner. Zu diesem Punkte wird ein einleitendes Referat gehalten.
2. Anträge und Besprechung von Anträgen zur General-Versammlung.
3. Vertändigung resp. provisorische Aufstellung von Kandidaten zur General-Versammlung.
4. Wie soll in Zukunft gearbeitet werden?

Das Erscheinen sämtlicher Vertrauensmänner ist dringend notwendig. Gustav Schröder.

### Arbeitsmarkt.

Junger militärfreier tüchtiger Porzellanmaler

sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, dauernde Stellung in einer Fabrik event. Malerei mit Baden als Maler oder Verkäufer im In- oder Auslande. Offerten unt. B. R. 3080 an die Redaktion der „Ameise“.

Die Privatabonnenten werden ersucht, sofern sie eine Unterbrechung des Bezuges der „A.“ vermeiden wollen, rechtzeitig bzw. vor dem 1. April den Abonnementsbeitrag einzusenden. Es empfiehlt sich übrigens, das Blatt bei der Post zu bestellen, wo es unter der Nr. 288 eingetragen ist. Für die Postabonnenten dürfte der Hinweis zu beachten sein, daß seit Jahresfrist die Briefträger die Zeitungsgelder einzuziehen. Die Einziehung derselben kann schriftlich beantragt werden und wird, wie uns das Postamt I, Charlottenburg, mittheilt, eine Gebühr für derartige Besellschreiben nicht erhoben. Die von den Briefträgern ausgehenden Quittungen haben Rechtsgültigkeit. Die Anwendung und Ausdehnung des neuen Verfahrens liegt im Vortheil des Publikums, als auch der Postverwaltung.